Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 141 — Mittwoch den 30. Juni 1920 — 46. Jahrg.

Der vorläufige Wirtschaftsrat.

Heute, am 30. Juni, wird in Berlin der vorläufige Reichswirtschaftsrat zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Es ist begreiflich, daß in den mancherlei Nöten, die das deutsche Wirtschaftsleben durchlebt, sich manche Hoffnungen an diese Organisation knüpfen. Es waren nicht wenige Schwierigkeiten zu überwinden, bis endlich der Tag des Zusammentrittes festgelegt werden konnte. Waren schon über die Zusammensetzung dieser neuen Körperschaft schwere Meinungsverschiedenheiten entstanden, die schließlich, wie noch erinnerlich sein dürfte, zu einem bedenklichen Konflikt zwischen Reichsrat und Nationalversammlung führten, so spielte noch in letzter Zeit die Frage der Unterbringung eine gewisse Rolle und schien geeignet, den Zusammentritt weiter hinaus zu schieben.

Wie schon der Name besagt, soll der vorläufige Reichswirtschaftsrat keine dauernde Einrichtung sein, sondern er soll nur so lange bestehen, bis der endgültige Reichswirtschaftsrat in das Leben gerufen werden kann. Dieser endgültige Reichswirtschaftsrat ist in dem Artikel 165 der deutschen Verfassung, in dem bekanntlich der „Rätegedanke verankert" ist, als oberste Spitze der neu zu schaffenden Wirtschaftsverfassung vorgesehen. Ihn heute schon in das Leben treten zu lassen, ist unmöglich, weil die Organisationen, die später Wahlen zum Reichswirtschaftsrat vorzunehmen haben, noch nicht geschaffen sind. Andererseits aber glaubte man, auf eine derartige Körperschaft nicht länger verzichten zu können, und so wurde dann nach recht langen und schwierigen Vorverhandlungen endlich am 4. Mai d. J. die „Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat" erlassen.

Nach dieser Verordnung besteht der vorläufige Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern, von denen 68 aus Land- und Forstwirtschaft, 6 aus der Gärtnerei und Fischerei, 68 aus der Industrie, 44 aus Handel, Banken, Versicherung und Genossenschaften, 34 aus Verkehr und öffentlichen Unternehmungen, 36 aus dem Handwerk, 30 aus der Verbraucherschaft, 16 aus Beamtenschaft und freien Berufen zu entsenden sind, ferner 12, die aus den führenden Kreisen des Wirtschaftslebens durch den Reichsrat, und 12 weiteren Personen, die nach freiem Ermessen der Reichsregierung zu ernennen sind. Wo in einer Gruppe Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich gegenüberstehen, gilt der Grundsatz der Parität. Für die Wählbarkeit gelten die gleichen Grundsätze wie für die Wählbarkeit zum Reichstag. Im allgemeinen haben die Mitglieder des Wirtschaftsrates die Rechte und Pflichten der Parlamentsmitglieder, genießen freie Fahrt und erhalten eine Entschädigung. Sitzungen der neuen Körperschaft sind öffentlich, die Sitzungsberichte genießen denselben Schutz wie die Parlamentsberichte.

Gedacht ist in der Verfassung der Reichswirtschaftsrat — und folgerichtig mithin auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat — als begutachtendes, beratendes, anregendes Organ von Fachleuten. So bestimmt denn auch der Artikel 11 der Regierungsverordnung u. a.: „Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Er hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Er wirkt beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mit." Festzuhalten ist aber daran, daß der Reichswirtschaftsrat politische Entscheidungen oder auch nur Mitentscheidungen nicht zu treffen hat. Reichstag und Regierung sind an seine Entschlüsse nicht gebunden. Es ist mithin auch nicht richtig, diesen vorläufigen Reichswirtschaftsrat als Parlament zu bezeichnen, soweit man sich die Erklärung Blumes zu eigen macht, nach der es sich immer um ein Parlament handelt, „sofern ein Ausschuß der Bürgerschaft beschließend teilnimmt an den Geschäften der zentralen Staatsleitung". Diese beschließende Teilnahme fehlt dem Reichswirtschaftsrat, dem nur die beratende Teilnahme zukommt.

Diese Bestimmungen scheinen manchen Kreisen in Deutschland nicht genügend. Wiederholt ist der Ruf erhoben worden, den Reichswirtschaftsrat zu einer zweiten Kammer, zu einer „Kammer der Arbeit" auszubauen. Immer liegt hier die Gefahr sehr nahe, daß man auf diese Weise versuchen will, das Parlament des gleichen Wahlrechts, das ja manchen Kreisen ein Dorn im Auge ist, durch ein berufsständisches Parlament, das stets der Reaktion als Ideal gegolten hat, mit seinem Vielstimmenrecht der Privilegierten auszuschalten oder zunächst doch wenigstens kalt zu stellen. Daß der Reichswirtschaftsrat selbst versuchen wird, seine Befugnisse zu erweitern, muß als sicher angenommen werden. Der frühere Staatssekretär Dr. Delbrück dürfte die Entwickelung wahrscheinlich richtig gesehen haben, als er in der Nationalversammlung ausführte: „Der Reichswirtschaftsrat ist doch ein drittes Parlament. Ein solches Parlament, das über die wichtigsten Fragen des Staatslebens zu entscheiden hat, muß das natürliche Bestreben haben, seine Zuständigkeiten zu erweitern. Wir stehen also zweifellos im Beginn einer Aera des Kampfes zwischen Reichstag und Reichsrat auf der einen und Reichswirtschaftsrat auf der anderen Seite." Hier liegen also ganz zweifellos Gefahren für die weitere Entwickelung vor.

Nun wird jetzt in Deutschland viel mit dem Schlagwort des Fachmannes gearbeitet, der allein sachverständig ist, und darum wird man dieser neuen Organisation der Sachverständigen sicher mancherlei Sympathien entgegenbringen. Denn zweifellos wird der Reichswirtschaftsrat sehr viel Sachverständnis umfassen. Nur übersehe man das eine nicht, daß er auch sehr verschiedene umfaßt. Sicher werden die Vertreter der Landwirtschaft zum Beispiel sachverständig für die Agrarfragen sein, aber ebenso sicher werden sie nicht in den Angelegenheiten der geistigen Arbeit sachverständige Beurteiler sein können. Die Vertreter der freien Berufe werden sicher hervorragende Kenner ihrer eigenen Berufe sein, sie werden aber kaum sachverständig sein etwa für Fragen der Kunstdüngung, der Baumwolleinfuhr usw. Wie in jedem anderen Parlament, so werden auch im Reichswirtschaftsrat die Mitglieder häufig genug über Fragen abstimmen müssen, in denen sie nicht ohne weiteres sachverständig sind. Vielleicht werden so die Reden einzelner Persönlichkeiten und die Äußerungen einzelner Fachverbände wertvoller sein, als die Beschlüsse des Ganzen.

Man wird also gut tun, von dieser neuen Körperschaft nichts Unerhörtes, nichts Unerfüllbares zu erwarten, um sich nicht nachher enttäuscht abwenden zu müssen. Die Folgen des Zusammenbruches, die Folgen des Friedens von Versailles vermag heute kein Reichswirtschaftsrat und kein Reichstag aus der Welt zu schaffen. Man darf aber hoffen, daß der Reichswirtschaftsrat im Rahmen der ihm gestellten Aufgaben schätzbares Material für die Gesetzgebung des Reiches liefern und so seinen Teil zum Wiederaufbau Deutschlands beitragen wird.

W. A.

*

Pressestimmen zur Einberufung des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 30. Juni. Dem heutigen Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats widmen verschiedene Blätter Wünsche und Hoffnungen. Die „Voss. Ztg." erinnert daran, daß das Rätesystem durchaus keine bolschewistische Errungenschaft ist. Der gesunde Gedanke, die Träger der Produktion an der Ausübung der Staatsgewalt mitwirken zu lassen, spielte bereits 1905 eine Rolle. Der Reichswirtschaftsrat werde schon in seiner jetzigen Verfassung den Versuch machen müssen, sich Rechte über das Maß hinaus zu erkämpfen, das ihm der Neid kurzsichtiger Politiker gewährt habe.

In der „Deutschen Allgem. Ztg." wird gesagt: Noch ist das Fundament der neuen Organisation relativ schwach, durch Leistungen muß sich die Fundierung verstärken, von der andererseits die Leistungsfähigkeit weiter abhängt. Die Stände sind im Innern solidarisch, diese Solidarität kommt dem ganzen zu Nutze, weil sie produktiv ist.

Die neue Regierung.

Entspannung?

Man kann wohl sagen, daß die Aufnahme, die die neue Regierung mit ihrem Programm gefunden hat, bei den Parteien und in der Presse aller Schattierungen wider alle Erwartungen günstig ist. Zu einem Teile ist das gewiß darauf zurückzuführen, daß die Konferenz von Spa unmittelbar bevorsteht, und daß daher niemand es wagt, scharfe Kritik gegen eine Regierung zu üben, die auf Grund der überhaupt einzigen, möglichen Kombination zustande gekommen ist, und für die ein Ersatz irgendwelcher Art überhaupt nicht denkbar erscheint. Aber auch innenpolitisch muß die ruhige und sachliche Art, die man in allen Lagern dem Kabinett Fehrenbach entgegenbringt, auffallen, am meisten, um das gleich vorwegzunehmen, die Stellungnahme der „Freiheit". Das führende Blatt der Unabhängigen stellt nämlich fest, daß die Rede Fehrenbachs die „ernste Rede eines ernsten Mannes" sei. Auch der politische Gegner werde Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernommen habe. Ferner enthalte das Programm, das Herr Fehrenbach durchführen wolle, vieles, dessen Verwirklichung nützlich wäre. Die neue Regierung habe es aufs sorgfältigste vermieden, Töne anzuschlagen oder Gesetze anzukündigen, die als Herausforderung der Arbeiterschaft wirken könnten. Im Gegenteil, Herr Fehrenbach habe mit großem Nachdruck seinen Willen bekundet, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren.

Auf der andern Seite hat der Sprecher der Deutschnationalen ebenfalls ungewöhnliche Zurückhaltung geübt, und wenn man als zweiten Redner aus diesem Lager auch ausgerechnet Herrn Helfferich vorzuschicken willens war, so durfte die relative Objektivität auch von dieser Seite mit Befriedigung festgestellt werden. Der „Punkt des geringsten Widerstandes" der neuen Koalition ist die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie, für die Herr Scheidemann sich ganz ähnlich wie Herr Hergt und die „Freiheit" auf den Standpunkt gestellt hat, daß das Urteil nach den Taten dieser Regierung ausfallen würde.

Alles in allem gewinnt man also den Eindruck einer gewissen Entspannung der Lage, und das ist sicherlich nicht zum geringsten Teil das persönliche Verdienst des Herrn Fehrenbach. Womit allerdings zugleich auch wieder in der Sache selbst eine Einschränkung eintritt, denn damit ist gesagt, daß die Ursachen der bisherigen Spannung in unverminderter Stärke fortdauern. Immerhin ist es schon erfreulich, daß überhaupt von einer scheinbaren Erleichterung der Lage gesprochen werden kann. Das ist sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Hinsicht von nicht unerheblicher Bedeutung, und man kann nur wünschen, daß diese Besserung erhalten bleibt oder gar mit der Zeit noch zunimmt.

*

Aus der Kabinettssitzung.

Berlin, 30. Juni. Das Kabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurf zu.

Der neue Reichsarbeitsminister.

Berlin, 30. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers das Mitglied des Reichstages Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Fehrenbach im Reichsrat.

Aus Berlin wird berichtet: In der Dienstag-Sitzung des Reichsrats erschien auch der Reichskanzler Fehrenbach und begrüßte den Reichsrat mit einer Ansprache, in der er betonte, er wolle ganz besonders zum Ausdruck bringen, welchen Wert er auf ein Vertrauensverhältnis und ein gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung lege. Die Interessen von Reich und Ländern seien ja doch in wesentlichen Punkten dieselben. In den großen Nöten unserer Zeit seien sie aufeinander angewiesen. Weiter führte der Kanzler aus: Wie ich mir im einzelnen das Verhältnis zwischen Reich und Ländern denke, habe ich mir gestattet, in meiner Programmrede zum Ausdruck zu bringen. Ich würde sehr erfreut sein, wenn ich Ihren eigenen Anschauungen in diesem Punkte damit nähergekommen wäre und wenn unsere Anschauungen darüber übereinstimmen würden. Ich würde mich ganz besonders freuen, wenn wir bei den gesetzgeberischen praktischen Arbeiten auf dieser gemeinsamen Grundlage die gleichen Wege gehen könnten und wenn die jeweiligen Verschiedenheiten der Anschauungen ohne Reibungen in gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Reichsregierung und Reichsrat ausgetragen werden könnten. — In der sachlichen Beratung wurde von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes mitgeteilt, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Eigentums zugehen wird. Der Vertrag soll am Mittwoch in Bern unterzeichnet werden. Es handelt sich um eine für Deutschland vorteilhafte Änderung der Pariser Urheberrechtskonvention von 1883. Die Ratifikationsfrist ist auf drei Monate festgesetzt.

Einigung der Sozialdemokraten mit Fehrenbach.

Wie wir aus Berlin erfahren, haben sich die Sozialdemokraten mit Reichskanzler Fehrenbach dahin geeinigt, daß ein Vertrauensvotum zwar nicht stattfinden wird, dafür aber eine Art Formel aufgestellt werden soll, und zwar so, daß der Reichstag die Geschäfte im Sinne der Reichsregierung weiterführt. Diesem Beschlußantrag werden auch die Sozialdemokraten beistimmen.

Hierzu erfahren wir von anderer Stelle weiter:

Berlin, 30. Juni. Zwischen den Führern aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat, wie wir hören, eine erste Besprechung über die Formulierung des Vertrauensvotums stattgefunden, das nach parlamentarischem Gebrauch den Abschluß der Aussprache über das Regierungsprogramm beenden muß. Es hat sich dabei ergeben, daß die äußerste Rechte und die Sozialdemokraten auf der Linken grundsätzlich nicht abgeneigt sind, eine Zustimmungserklärung gutzuheißen, die der neuen Regierung einen Rückhalt für Spa gibt. Über den Wortlaut der Erklärung wird nicht weiter zwischen den Parteien verhandelt.

Monatlich 1500 Mark Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 30. Juni. Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mark bemessen.

Frankreichs Unzufriedenheit mit der Programmrede Fehrenbachs.

Paris, 30. Juni. Zu der Erklärung des Reichskanzlers Fehrenbach sagt der „Figaro": Dieser Staatsmann, der den Wert der Nuancen erkennt, ist zu klug, um zu leugnen, daß Deutschland den

Belgien fordert 10 Milliarden Entschädigung.

Brüssel, 30. Juni. (WTB.) Der Neue Rotterd. Cour. erfährt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Franken fordern wird.

Demonstration vor dem Ernährungsministerium.

Berlin, 30. Juni. Gestern mittag zog ein Trupp von einigen Hundert Männern und Frauen, die Schilder mit Aufschriften „Nieder mit den Lebensmittelschiebern und -wucherern" mit sich führten, vor das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Eine Deputation wurde vom Minister Hermes, der gerade eine Konferenz mit Arbeitervertretern hatte, empfangen. Der Minister erläuterte der Abordnung die Lebensmittellage und machte sie mit den Bestrebungen bekannt, die darauf hinzielen, eine Senkung der Preise herbeizuführen. Die Deputation nahm diese Darlegungen entgegen und übermittelte sie den Demonstranten, die sich dann in aller Ruhe entfernten.

Revision des überschichtabkommens.

Bochum, 30. Juni. Die Arbeitnehmerorganisationen im rheinisch-westfälischen Bergbau haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Revision des überschichtabkommens beantragt. Verhandlungen darüber werden Ende der Woche stattfinden. Veranlassung zu dem Antrage der Bergarbeiterorganisationen gaben die sich fortwährend mehrenden Klagen der Bergarbeiter, daß sie sich außerstande fühlen, die überschichten in der bisherigen Weise weiter zu verfahren, wenn nicht eine baldige Besserung in der Versorgung mit Lebensmitteln eintritt. Eine Belegschaftsversammlung der Zeche „Katharina" im Essener Bezirk sprach sich sehr scharf gegen das weitere Verfahren von Überschichten aus; u. a. wurde von den Rednern gefordert, daß jeder Bergmann gebrandmarkt werden sollte, der sich noch jetzt zu Überschichten bereitfindet.

Kanadischer Warenaustausch mit Rußland.

Ottawa, 30. Juni. (WTB.) Im kanadischen Parlament erklärte nach einer Meldung der Handelsminister, daß der Handel zwischen den kanadischen Firmen und Sowjetrußland nicht behindert sei, doch hat die Kongreßregierung mit den abgeschlossenen großen Kontrakten nichts zu tun.

Holland legt Befestigungen an.

Aus dem Haag, 30. Juni. (WTB.) Der zweiten Kammer ist ein Gesetzentwurf über die Errichtung militärischer Befestigungen zugegangen. Zur Anlegung der Befestigungen ist die Trockenlegung des Zuiderseees im Interesse der Landesverteidigung notwendig.

Generalstreik in Rom.

Rom, 30. Juni. Der Generalstreik wurde in Rom erklärt, als Solidaritätskundgebung mit den Arbeitern in Ancona. Die Arbeit ruht vollständig. Nur Telegraph und Telephon verkehren. Ein großes Polizeiaufgebot, unterstützt von Militär, hält in den Straßen die Ordnung aufrecht. Bisher ergab sich keine Gelegenheit, einzugreifen.

Rom, 30. Juni. (Agenzia Stefani.) In der Nachtsitzung beschloß die Arbeiterkammer, den Generalstreik für Dienstag-Morgen zu proklamieren. Die Straßenbahnen verkehren nicht, die Läden haben noch, die meisten Läden sind geschlossen. Auf dem Bahnhof herrscht vollständige Ruhe. Alle Züge sind fahrplanmäßig abgegangen und kommen mit Ausnahme derjenigen aus Ancona an.

Rom, 30. Juni. (T.-U.) Die sozialdemokratische Partei verwarf einen Beschluß, in dem der Generalstreik erklärt wird. Auch die Gewerkschaften haben sich geweigert, den Generalstreiksbeschluß anzuerkennen, den das Arbeiterbüro vor einigen Tagen verkündet hat. An verschiedenen Orten Italiens dauern trotzdem die Unruhen fort. In Padua wurden die Anarchisten entwaffnet. Bei den verschiedenen Zusammenstößen mit der Polizei wurden eine ganze Anzahl Personen verwundet, davon vier tödlich.

Englands Vorzugsstellung in Mesopotamien.

London, 30. Juni. Die Lage in Mesopotamien gab gestern im Unterhaus Anlaß zu mehreren Anfragen, die Lloyd George dahin beantwortete, daß die Petroleumunruhen in Mesopotamien den arabischen Staaten zufallen würden, was eine Folge des mit den Arabern abgeschlossenen Vertrages und des Mandats sei, das England in Mesopotamien übertragen wurde. Es sei noch keine Entscheidung getroffen worden, wie die Petroleumquellen ausgebaut werden sollten, aber die vor dem Kriege von England erworbenen Rechte würden durchaus gewahrt werden. Lloyd George erklärte ferner, daß er mit der französischen Regierung in Verbindung stehe, damit die auf Mesopotamien bezüglichen Verträge veröffentlicht würden. Jedenfalls würden die englischen Interessen sorgfältig wahrgenommen und England das Vorzugsrecht auf das ganze Petroleum in Mesopotamien haben.

Abschiedsgesuch des Oberbürgermeisters Dr. Rive.

Halle, 30. Juni. (WTB.) Der Oberbürgermeister Dr. Rive, der bekanntlich auf Anordnung des Oberpräsidenten sein Amt wieder aufgenommen hatte, hat nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es dürfte eine Folge der Verhandlungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200630-10/fragment/page=0001

Friedensvertrag von Versailles ausführen müsse; aber er teilt uns mit, daß es schon mehr getan habe, als man von ihm erwarten durfte. Ganz wie zufällig verkündet er das Recht Österreichs, sich mit Deutschland zu vereinigen. Kurz gesagt, er betont von Anfang bis zu Ende die Umstoßung des Versailler Vertrages. Gut, aber dann müssen wir auch nach Frankfurt am Main zurückkehren, und das Ruhrgebiet besetzen; dann können wir von Revision und Herzlichkeit sprechen. — Vollständig ablehnend verhält sich der „Homme Libre"; denn er vermißt in der Erklärung das Bekenntnis der Schuld und die Ergebung in die Niederlage. Man hätte einen günstigeren Eindruck erhalten, wenn die Sprache des Kanzlers etwas demütiger gewesen wäre. — Die „Action Francaise" findet, Fehrenbach habe nichts Neues gesagt. Der Reichskanzler habe seine Meinung seit Weimar nicht geändert. In Frankreich habe man nach Waterloo von den Verträgen von 1815 gesagt, man müsse sie durchführen, um sich den Ballast vom Halse zu schaffen. Fehrenbach sagt, Deutschland werde den Vertrag von Versailles im Rahmen der Möglichkeit ausführen. Diese Feststellung müsse unbedingt auf der Konferenz von Spa zur Richtlinie dienen.

Deutschland und die Entente.

Die deutschen Vorschläge in Spa.

Paris, 29. Juni. Die „Daily Mail" meldet, daß Deutschland in Spa vorschlagen werde, eine Gesamtsumme von 60 Milliarden Goldmark zu zahlen. Davon müßten aber dann Summen abgezogen werden, welche für die von Deutschland gelieferten Handelsschiffe zu bezahlen seien, so daß im ganzen sich eine von Deutschland zu zahlende Endsumme von 40 Milliarden ergäbe. Diese Summe würde Deutschland in Jahresraten von 75 Millionen Pfund Sterling bezahlen und es würde selbst den Vorschlag machen, diese Summe zu erhöhen, wenn sich seine wirtschaftliche Lage verbessern würde. Ebenso würden die deutschen Vertreter in Spa fordern, daß die Stärke der Reichswehrtruppen unbedingt auf 200 000 Mann belassen werden müßten.

Woher die „Daily Mail" ihr Wissen von den deutschen Vorschlägen hat, ist nicht zu erkennen. Die Angaben des englischen Blattes decken sich tatsächlich mit dem, was Deutschland unter den allergünstigsten Verhältnissen vielleicht gerade noch zahlen kann. Befremden muß es, daß so wichtige Angaben vor der Zeit an die Öffentlichkeit dringen. Da schon vor einigen Tagen eine französische Zeitschrift die deutschen Berechnungen der französischen Kriegsschäden veröffentlichen konnte, drängt sich der Gedanke auf, daß diese beiden Angaben auf dieselbe Quelle zurückzuführen sind, die das amtliche Material natürlich auf unreblichem Wege erlangt hat.

Dr. Mayer kommt nach Spa.

Paris, 30. Juni. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer wird zu den Beratungen in Spa als Delegierter der deutschen Regierung zugezogen werden.

Die Begleiter der deutschen Delegation für Spa.

Die „Voss. Ztg." hebt hervor, daß die deutsche Delegation für Spa von einer Reihe namhafter Bankiers begleitet sein wird. Von der Hinzuziehung verantwortlicher und bevollmächtigter Vertreter der deutschen Produktion habe man noch nichts gehört.

Die internationale Finanzkonferenz am 23. Juli in Brüssel.

Paris, 30. Juni. Der Vertreter Frankreichs im Völkerbund, Senatspräsident Leon Bourgeois, richtete an Millerand als Präsidenten des Obersten Rates ein Schreiben, worin er ihm mitteilte, daß die internationale Finanzkonferenz für den 23. Juli nach Brüssel einberufen sei. In dem Schreiben wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen zur Wiederherstellung des finanziellen und wirtschaftlichen Gleichgewichts der Welt sich nur vollziehen könnten, wenn die Verpflichtungen Deutschlands und die finanzielle Lage der Zentralmächte festgestellt seien. Jede Grundlage würde den Kreditoperationen fehlen, welche für die Wiederherstellung aller Staaten notwendig sind, wenn nicht vorher bestimmt würde, was Deutschland zu zahlen verpflichtet sei. Deshalb hoffe der Völkerbund, daß die Verhandlungen in Spa einen gedeihlichen Verlauf nehmen werden und eine endgültige Regelung der finanziellen Fragen jetzt durchgeführt werden könne. Der Brief fordert endlich die Zulassung von Vertretern Deutschlands zur Finanzkonferenz von Brüssel. Es soll aber die Form der Einladung und die Bedingungen einer Vertretung Deutschlands erst nach der Konferenz von Spa festgesetzt werden. (Auf die Bedingungen einer Vertretung Deutschlands bei der Finanzkonferenz darf man gespannt sein.)

Frankreichs Mitteleuropa-Politik.

Paris, 29. Juni. Der Berichterstatter des französischen Senats, Imbart de la Tour, legte heute seinen Bericht über die Ratifikation des Friedensvertrags mit Österreich vor. Der Berichterstatter hebt hervor, daß im Artikel 222 des Friedens von St. Germain Vorkehrungen wegen der Kohlenlieferungen durch Tschechien und Polen an Österreich getroffen seien, und daß dieser Artikel, wie auch der Artikel 1224, Keime für eine wirtschaftliche Annäherung aller Staaten der früheren Monarchie enthalte; wenn diese auch politisch ihre Unabhängigkeit bewahren wollen, hängen sie wirtschaftlich dennoch voneinander ab. Es müßte eine Lösung gefunden werden, welche Mitteleuropa festigen könnte. Frankreich, das wegen seiner Sicherheit gezwungen sei, die Wacht am Rhein zu beziehen, verkenne nicht, daß diese Wacht am Rhein ihre Ergänzung finden müßte durch eine französische Donaupolitik. Die neuen Staaten in Mitteleuropa müßten Frankreich gegen alle Angriffe der Alldeutschen schützen. Die wirtschaftliche Isolierung der früheren Staaten der Monarchie dürfte nicht fortdauern. Für die Unabhängigkeit Österreichs (!) trat der Berichterstatter mit Entschiedenheit ein, da es ohne ein unabhängiges Österreich ein Gleichgewicht in Mitteleuropa nicht geben könne. Der Berichterstatter schließt: Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, daß nur große zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Festigkeit und Bestand haben können.

Daß gerade aus diesem Satz die einzig mögliche Schlußfolgerung gezogen werden müßte, daß eben Österreich an das Wirtschaftsgebiet anzuschließen sei, zu welchem es geographisch, politisch, historisch und vor allem aber ökonomisch gehört, nämlich zu Deutschland, wird natürlich der Berichterstatter des Senats nicht einsehen.

*

Neue Ausschreitungen der Polen gegen Deutsche.

Beuthen, 29. Juni. Am Sonntag hielt der Turnverein in Radziaskau ein Vergnügen ab. Gegen Abend drangen Polen in den Saal und forderten die Mitglieder des Vereins auf, den Saal zu verlassen. Es wurden Handgranaten in den Saal geworfen, wodurch einer der Angreifer verletzt wurde. Die Frau eines Polizeibeamten erhielt einen Schuß. Da das Schießen aus Pistolen und das Werfen von Handgranaten anhielten, wurde die Sicherheitspolizei zur Hilfe gerufen, die die Eindringlinge entfernte. Den Polen wurden eine ganze Menge Waffen abgenommen. Einige der Angreifer wurden durch Schüsse verletzt.

Eine Versammlung der katholischen Volkspartei auf der Schlesiergrube wurde durch polnische Banden gestört. Die beiden Redner wurden von den Eindringlingen beschimpft und tätlich angegriffen. Auch hier gelang es schließlich der Sicherheitspolizei, die Menge, die auf ungefähr 500 Mann angewachsen war, zu zerstreuen.

Die Lage im Reiche.

Ausstand in den Elektrowerken Golpa-Zschornewitz.

Halle a. S., 30. Juni. Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Elektrowerke in Golpa-Zschornewitz sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die Zahlung einer Leistungsprämie von der Direktion mehrmals verweigert worden ist. Nachdem die Angestellten in den Ausstand getreten sind, hat die Direktion auch die Arbeiter der Grube Golpa entlassen unter Berufung auf die bergbaupolizeiliche Bestimmung, wonach die Arbeiter ohne Betriebsführer im Bergbau nicht tätig sein dürfen. Nur die Notstandsarbeiten werden aufrecht erhalten. Im Kraftwerk Zschornewitz ruht der gesamte Betrieb mit Ausnahme des eigenen Betriebs zur Licht- und Wasserversorgung für Zschornewitz—Golpa und Piesteritz. Wie verlautet, erhält auch Berlin keinen Strom. Infolge Strommangels wird auch in Piesteritz der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden können. Die Belegschaften der Werke haben sich mit den Angestellten solidarisch erklärt.

Abflauen des Landarbeiterstreiks.

Berlin, 30. Juni. In der „Pommerschen Tagespost" vom 25. Juni sind unter der Überschrift „Verschärfung der Lage im Landarbeiterstreik" sowohl in einem vom Pommerschen Landbund an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung und den Reichspräsidenten gerichteten Telegramm als auch unter Drahtmeldung des Nachrichtendienstes des Pommerschen Landbundes Angaben über schwere Störungen der öffentlichen Ordnung in den Kreisen Lauenburg und Rummelsburg enthalten. Durch Rückfrage bei der zuständigen Stelle ist darüber folgendes festzustellen: Für den Kreis Lauenburg ist am Freitag, den 25. Juni eine tarifliche Vereinbarung zustande gekommen, die Arbeit soll im Laufe des 26. Juni wieder aufgenommen werden. Im Kreise herrscht Ruhe. — Im Kreise Rummelsburg ist ein Tarifvertrag noch nicht zustande gekommen. Die öffentliche Sicherheit wird durch Sicherheitspolizei aus Stettin geschützt. — Die Behauptung des Landbundes, daß die Provinzialbehörden bolschewistische Tendenzen fördern, ist daher unrichtig und nur geeignet, die vorhandene Spannung zu verschärfen.

*

Die Lebensmittelunruhen im Reiche.

An Berliner amtlichen Stellen liegen über die Unruhen im Reiche folgende Meldungen vor:

In Duisburg ist es ruhig. In Bremerhaven hat es bei Zusammenstößen zwei Tote und mehrere Verwundete gegeben. In Hamburg ist die Nacht zum Dienstag ruhig verlaufen. In Oldenburg haben die Unruhen völlig aufgehört. Auch in Lehe und in Geestemünde ist es wieder völlig ruhig. In der Stadt Oldenburg haben die Kaufleute von sich aus die Preise einer Nachprüfung unterzogen. Aus Süddeutschland wird gemeldet, daß im allgemeinen alles ruhig ist bis auf Ravensburg, wo es Zusammenstöße gegeben hat. Der Schaden auf dem Lande soll nicht erheblich sein.

Käuferstreiks und Tumulte in Baden.

Karlsruhe, 30. Juni. Hier und in anderen badischen Städten ist ein Obstkäuferstreik ausgebrochen. Die Bevölkerung ist durch Aufrufe in den Tageszeitungen aufgefordert worden, kein Obst zu kaufen, bis die Preise wesentlich herabgesetzt worden seien. Die Obsthändler, die die Schuld für die hohen Verkaufspreise auf das Konto der Erzeuger schieben, sind ebenfalls in den Streik getreten. Auf den Bahnhöfen stehen Streikposten, die jede Obstzufuhr nach den Städten verhindern. — In Radolfzell im badischen Oberland kam es am Montag zu Tumulten. Als der dortige Bauernverband unter dem Vorsitz des badischen Staatsrats Weißhaupt eine Versammlung abhalten wollte, erschien ein Demonstrationszug der Arbeiter, dessen Führer von der Bauernversammlung verlangte, daß eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise unter keinen Umständen mehr erfolge. Man forderte, daß Staatsrat Weißhaupt dies den Arbeitern persönlich versichere. Als dies aber unterblieb, stürmten die Arbeiter den Versammlungssaal und drängten die Bauern, mit denen es zu einem Handgemenge kam, mit Gewalt aus dem Saal, so daß diese durch Türen und Fenster fliehen mußten, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Darauf wurde der Bürgermeister von den radikalen Arbeitern mißhandelt.

Blutiger Zusammenstoß in Würzburg.

Würzburg, 30. Juni. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, gab es bei den gestrigen Lebensmittelkrawallen zwei Tote und vier Verwundete. Über die Stadt ist der Kriegszustand verhängt worden. Der Aufenthalt auf den Straßen von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ohne besonderen Ausweis ist verboten; die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die Lage ist heute noch gespannt.

Plünderungen in Cuxhaven.

Cuxhaven, 30. Juni. Montag abend kam es zu Plünderungen in der Norderdeichstraße. Die Polizei war machtlos. Die Küstenwehr, die zu Hilfe gerufen worden war, griff nicht ein. Dienstag forderte das Gewerkschaftskartell in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei von der Straße und verbürgt die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Herabsetzung des Margarine-Preises.

Berlin, 30. Juni. Der Abgabepreis für Margarine durch den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli ab von 21 M auf 16 M je Kilogramm herabgesetzt worden.

Festsetzung von Einheitshöchstpreisen.

Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Stadt- und Landkreise beschloß Einheits-Höchstpreise für Frühobst und Frühgemüse festzusetzen.

Deutschland.

Der neue englische Botschafter für Deutschland.

London, 30. Juni. Bonar Law teilte im Unterhause die Ernennung Lord Abernons zum britischen Botschafter in Berlin mit. — Reuter erfährt weiter: Lord Abernon werde London in kürzester Zeit verlassen, um seinen Botschafterposten in Berlin anzutreten. Seine Ernennung habe einen zeitweiligen Charakter und stehe besonders im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen, die eine hervorragende Rolle in Deutschlands internationaler Lage spielen.

Abreise des französischen Botschafters nach Berlin.

Paris, 30. Juni. Der französische Botschafter Laurent reiste Dienstag abend von Paris nach Berlin ab.

Die Ernennung Lord Abernons zum britischen Botschafter in Berlin bildet, wie das „Berl. Tagebl." schreibt, eine offenbar zwischen London und Paris vereinbarte Parallelaktion zu der Ernennung des französischen Botschafters Laurent. Den beiden Vertretern soll gemeinsam die Durchführung der in Spa zu treffenden Vereinbarungen übertragen werden.

Merseburg und Umgegend.

30. Juni.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** Ihr 10jähriges Arbeits-Jubiläum feiert am 1. Juli Fräulein Linda Reichel als Angestellte im Hause der Firma G. Hoffmann, Inh.: Bernhard Taitza, Markt 19. Die Jubilarin erfreut sich bei Chef und Kolleginnen sowie im besonderen Maße bei der Kundschaft sehr großer Wertschätzung, die durch Blumen und sonstige Geschenke zum Ausdruck gekommen ist.

** Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen hat gemäß des geschlossenen Austauschvertrages mit der Sowjetregierung eingesetzt. Mit einem schnellen Abtransport ist, wie uns wieder einmal mitgeteilt wird, zu rechnen. Arbeitgeber, die russische Kriegsgefangene beschäftigen, tun gut, wie das Landesarbeitsamt mitteilt, schon jetzt einheimische Arbeitskräfte einzustellen, um bei der Ernte mit brauchbaren Kräften versehen zu sein. — Hoffentlich wird nun endlich der schnelle Abtransport zur Tatsache. Merseburg und seine Umgegend wird wirklich aufatmen, wenn endlich die russischen Kriegsgefangenen von hier verschwinden würden.

** Die Preise für Rasieren und Haarschneiden erfahren, wie die Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung in der heutigen Ausgabe bekannt macht, ab 1. Juli eine Erhöhung. Wir machen hierauf besonders aufmerksam.

** **Tivoli-Theater.** Wie schon mitgeteilt, findet am Donnerstag die erste Aufführung des erfolgreichen Schwankes „Der Sohn mit dem?" von Fischer und Jarno statt. Das Stück beherrscht zur Zeit die Spielpläne aller Sommertheater und kann täglich neue Erfolge buchen. Der Besuch des tollen Schwankes sei wärmstens empfohlen.

** **Wertangabe bei Auslandspostsendungen.** Um den Absendern von Wertsendungen im Auslandsverkehr die Möglichkeit zu geben, den Inhalt der Sendungen wesentlich höher als jetzt, und zwar bis zur Höchstgrenze der im Bestimmungslande zugelassenen Wertangabe zu versichern, soll vom 1. Juli an bei Briefen, Paketen und Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland der Wertbetrag vom Absender nicht mehr in der Mark-, sondern in der Frankenwährung angegeben werden. Bei Wertsendungen nach dem Freistaat Danzig, dem Memelgebiet, der 1. Zone des Abstimmungsgebiets Schleswig, Österreich und Ungarn sowie bei Wertpaketen nach Luxemburg und der Tschecho-Slowakei bleibt vorläufig der Wert noch in der Markwährung anzugeben. Bei den Schadenersatzleistungen im Auslandsverkehr rechnen die Postanstalten vom 1. Juli an den Franken nach dem für die Gebührenerhebung geltenden deutschen Gegenwert in die Reichsmark um.

** **Die Auslosung der Deutschen Sparprämien-Anleihe,** die am 1. Juli vorgenommen wird, bringt zum ersten Male neben der Gewinnziehung mit je vier Gewinnen zu je 1 Million Mark, je 4 zu je 300 000 M, 200 000 M, 100 000 M usw. eine Tilgungsziehung. In dieser werden 40 000 Lose ausgelost, davon 20 000 mit dem Nennwerte zuzüglich Zinsen, also mit 1050 M für das Stück, und weitere 20 000 Lose mit einer Prämie von 1000 M, mithin 2050 M für das Stück. Die Gewinne werden nicht zur Einkommensteuer herangezogen und unterliegen auch nicht der Kapitalertragssteuer.

** **Der große deutsche Sieg in Schleswig** war möglich, weil es gelang alle im Reiche verstreuten Stimmberechtigten an den Abstimmungsort zu führen, und das wiederum gelang nur, weil den Reisenden Fahrt, Verpflegung und Unterkunft vollständig kostenlos geboten werden konnten. Die „Grenz-Spende", die aus freiwilligen Beiträgen die Mittel hierfür aufgebracht hatte, hat dabei ihre Feuerprobe bestanden. Bei den Abstimmungen im Osten warten ihrer viel größere und — kostspieligere Aufgaben. Wir müssen sie erfüllen, damit sie auch diesen Anforderungen genügen kann. Stehe keiner zurück! Jeder steuere sein Scherflein bei, das in der Geschäftsstelle unserer Zeitung, worüber diese öffentlich quittiert, gern entgegengenommen wird.

*

Stadtverordneten-Sitzung.

S. Merseburg, 29. Juni.

Die heutige Tagung der Stadtverordnetenversammlung stand im Gegensatz zur letzten Sitzung im Zeichen der Bewilligungen. Wieder gestalteten sich die Verhandlungen zu einer Dauersitzung. Hoffentlich werden diese Dauersitzungen nicht zu einer dauernden Einrichtung bei den Stadtverordneten, sie könnten gut um die Hälfte kürzer sein, wenn man etwas parlamentarischer wäre. Die heutige Sitzung, die wegen der Behinderung eines Antragberichterstatters ausnahmsweise auf Dienstag angesetzt werden mußte, verhandelte bei Anwesenheit von 27 Stadtverordneten von 6 bis ½11 Uhr in der Öffentlichkeit und tagte dann noch in geheimer Beratung weiter. Ganz seltsame Steuervorschläge wurden bei der Suche nach neuen Steuern von den Stadtvätern gemacht, als da sind: eine Fahnenstangensteuer (Stadtv. Krüger), eine Fenstersteuer (Stadtv. Wolf), eine Steuer von 50 M für jeden Fensterspiegel (Stadtv. Teller), eine Wohnungssteuer (Stadtv. Mahlo) usw. Dementsprechend wurden auch die neuen Steuervorlagen des Magistrats angenommen, um die ganz außerordentlich schlechte und ernste Finanzlage der Stadt zu verbessern. Dabei geriet man dann auch noch auf das politische Gebiet und die Dauersitzung war fertig.

Am Magistratstisch hatten Platz genommen Erster Bürgermeister Hertzog, Stadtbaurat Zollinger und die Stadträte Elze, Langer, Tänzer und Wölfel. Der Zuhörerraum ist gut besetzt. **Zur Klarstellung der Beschlüsse über die Beamtenbesoldungsreform** trägt der Stadtv. Krüger (Soz.) die Magistratsvorlage wie schon veröffentlicht vor, wünscht Vorlegung des Protokolls und Aufklärung über die Dienstzeit der städtischen Werkmeister. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Dienstzeit richtet sich nach dem betreffenden Gemeindebeschluß. Die Klasse 5 ist nur eine Durchgangsklasse, die in Klasse 6 führt. Die Vorbereitungszeit ist auf 4 Jahre festgesetzt, die nicht zu lang ist. Er bittet um Annahme der Vorlage, da sonst wieder die ganze Besoldungsordnung aufgerollt wird. — Stadtv. Müller (D. Vpt.) kommt auf die Anrechnung der Kriegsdienstzeit der Assistenten zu sprechen. — Stadtv. Krüger (Soz.) hält ihm entgegen, daß er bei Beratung der Besoldungsordnung erstaunlicherweise nicht für seinen diesbezüglichen Antrag gestimmt habe. — Nachdem Stadtv. Vohe (Soz.) ebenfalls dringend um Annahme der Besoldungsordnung ohne nachträgliche Änderung gebeten, wird die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

Anrechnung der Kriegsdienstzeit der Assistenten.

Stadtv. Krüger (Soz.) begründet auch diese schon veröffentlichte Vorlage und empfiehlt ihre Annahme. Ohne weitere Besprechung wird dem Antrag zugestimmt, wodurch den Assistenten von ihrer Kriegsdienstzeit höchstens 2 Jahre angerechnet werden können.

Über die Berechnung der Nebenbezüge der städtischen Beamten

wird die schon veröffentlichte Vorlage ebenfalls von dem Stadtv. Krüger (Soz.) eingebracht und der Zustimmung empfohlen. — Auf eine Anfrage des Stadtv. Teller (Dem.) erklärt der Erste Bürgermeister, daß die städtischen Häuser verwaltungsrechtlich genau so behandelt werden wie die Privathäuser und die Stadt also Wasserzins zahlen muß für die Dienstwohnungen der städtischen Beamten. — Auf die Anfrage des Stadtv. Mahlo (Dem.), wie hoch die betreffenden Mietsätze sind, erwidert Stadtv. Vohe (Soz.), daß sie 50 Prozent der 40 prozentigen Ortszulage und der 50 prozentigen Teuerungszulage betragen, die Wohnungen für die technischen Beamten sind doch nur ein Äquivalent für die dauernde Dienstbereitschaft, was seine Härten hat. — Erster Bürgermeister Hertzog: Es sind natürlich Härten darin, die sich aber nicht vermeiden lassen. — Die Stadtv. Teller (Dem.) und Eichardt (Dn.) verweisen darauf, daß in der staatlichen Besoldungsreform Milderungsmöglichkeiten vorgesehen sind. — Erster Bürgermeister Hertzog erinnert daran, daß die Dienstwohnungsfrage gar nicht auf der Tagesordnung steht. Die Milderungen hierfür richten sich nach den staatlichen Bestimmungen. Hierauf wird die Vorlage unverändert angenommen.

Ortssatzung über die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten.

Stadtv. Eichardt (Dn.) begründet den Antrag wie veröffentlicht, wünscht Festsetzung der staatlichen Höchstgrenze „900 bis 9000 Mark" und beantragt Zustimmung. — Nachdem der Erste B[illegible]meister erklärt, daß dieser Änderung nichts im Wege stehe, [illegible] Vorlage mit dem Zusatzantrag Eichardt angenommen.

Die Schaffung einer Magistratsassessorstelle

wird von dem Berichterstatter Stadtv. Daniel (U. S.) als notwendig bezeichnet und er befürwortet die Anstellung auf Privatdienstvertrag, dabei mehrmals betonend, daß wir gern eine Anzahl Beamte los sein möchten, wenn wir sie wieder los werden könnten. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Kommunalbeamten erstreben entgegen dem Gesetz die dauernde Anstellung vom ersten Tage an. — Stadtv. Mahlo (Dem.) bedauert, daß wieder kein Volkswirtschaftler in die Stadtverwaltung eingestellt wird, sondern ein Jurist. — Stadtv. Krüger (Soz.): Bei der seinerzeitigen Wahl des Stadtrats war es möglich, einen Volkswirtschaftler zu wählen, aber da hat man dagegen gestimmt, heute müssen wir einen Juristen wählen für die Assessorstelle. — Erster Bürgermeister Hertzog: Eine andere Wahl ist nach der neuen Gesetzgebung über die Wohnungs- und Mietseinigungsämter wohl auch nicht möglich. — Mit Bezug auf die eingangs vom Stadtverordnetenvorsteher verlesene Eingabe des Mietervereins an die Stadtverordnetenversammlung betreffend Beschwerdeführung über die Rechtsprechung des Mietseinigungsamts in der letzten Zeit erklärt Stadtrat Wölfel: Rechtsanwalt Erlecke ist nicht Vorsitzender des Hausbesitzervereins. Die Beisitzer des Mietseinigungsamts haben versichert, daß in allen Fällen das Mietseinigungsamt richtig gehandelt hat. Er bittet um Beweise durch den Mieterverein. — Auf die Frage des Stadtv. Eichardt (Dn.) erwidert Erster Bürgermeister Hertzog, daß sich die Bezahlung des Assessors nach dem Reichstarifvertrag für die Angestellten richten wird. — Darauf wird die Stelle eines Magistratsassessors bewilligt.

Nachbewilligung von 10 500 Mark für die Schulbaracke.

Der Stadtv. Pohl (U. S.) begründet die veröffentlichte Vorlage und bittet um Zustimmung. — Stadtbaurat Zollinger: Die Mehrkosten sind hauptsächlich durch die erhöhten Lohnforderungen entstanden. Die Schulbaracke auf dem Hofe der Altenburger Schule in der Wilhelmstraße soll jetzt für die Volksschulklasse der Karlstraße 4 bereitgestellt werden. Dadurch ist die Beschaffung von Mobiliar erforderlich, was bei der vorherigen Bestimmung für die Fortbildungsschule nicht nötig war. — Hierauf bewilligt die Versammlung die Nachforderung.

Anerkennungsgebühren für Mastenaufstellung bei der Stromversorgung des Neumarkts.

Stadtv. Döbber (Dem.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht. Nach einer längeren Besprechung über die Verschiedenartigkeit der Entschädigung, an der sich die Stadtv. Schneider (U. S.), Krüger und Vohe (Soz.), Stadtbaurat Zollinger und Erster Bürgermeister Hertzog beteiligen und wobei Stadtv. Krüger (Soz.) die Einsetzung einer Kommission anregt, wird der Magistratsantrag angenommen mit der Maßgabe, daß mit der Kirchengemeinde neue Verhandlungen über Ermäßigung der Entschädigung geführt werden sollen.

Genehmigung der Hundesteuerordnung.

Die Vorlage wird von dem Stadtv. Hesselbarth (U. S.), wie schon veröffentlicht, eingebracht, gleichzeitig gibt er den Antrag der Hundezuchtvereine bekannt, die einen von 132 Unterschriften gedeckten Protest gegen die Verdreifachung der bisherigen Hundesteuer einbringen und nur eine Verdoppelung vorschlagen, nach dem Beispiel anderer Städte. Seine Partei könne aber nicht dieser Eingabe folgen, sondern werde der Vorlage des Magistrats zustimmen. — Stadtv. Daniel (U. S.) bittet um Freilassung der Ziehhunde von der Hundesteuer. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Besteuerung der Ziehhunde gründet sich auf das Vorgehen der Tierschutzvereine. — Die Stadtv. Heilmann und Mahlo (Dem.) und Borsdorff (Dn.) verwenden sich für die Wachthunde, Stadtv. Weidling (Dem.) für die Welpen, die Stadtv. Krüger (Soz.), Frauenheim (Dem.), Wolf (U. S.), Stadtv.-Vorsteher Junker und der Erste Bürgermeister treten für die Vorlage ein, die dann unverändert die Zustimmung der Versammlung findet.

Der erste Nachtrag zur Lustbarkeits- und Eintrittskartensteuer

wird von dem Stadtv. Rex (Dem.), wie schon veröffentlicht, begründet und von ihm Zustimmung beantragt. In der Aussprache hierüber tritt der Stadtv. Schneider (U. S.) für eine Besteuerung der sportlichen und der kirchenmusikalischen Veranstaltungen ein, dem Stadtv. Koenen (U. S.) beitritt, aber bemerkt, um die Lustbarkeiten nicht noch auf ein niedrigeres Niveau zu drücken, sei seine Fraktion

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200630-10/fragment/page=0002

dafür, die Steuer nicht zu erhöhen. Der Erste Bürgermeister betont mit Recht, daß alles, was zur Bildung bestimmt ist und zur Bildung beiträgt, und zwar für alle Volkskreise, wenn man nur die Gelegenheit benutzen will, von der Steuer befreit sei. — Stadtv. Frau Scharch (Soz.) tritt für die Vorlage ein, indem sie bemerkt: Es schadet wirklich nichts, wenn das Tanzen etwas eingeschränkt und etwas mehr gute Konzerte geboten werden. — Danach wird die Vorlage unverändert angenommen, und zwar mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialisten.

Gebührenordnung für Inanspruchnahme des städtischen Eigentums am Straßengelände durch Schilder usw.

Stadtv. Weidling (Dem.) bringt den Magistratsantrag, wie schon bekanntgegeben, ein und bittet um Ablehnung desselben, worauf der Erste Bürgermeister um Angabe anderer Wege ersucht, für die Stadt Geld zu beschaffen, da die Finanzlage der Stadt eine äußerst traurige ist. Bei der Gebührenordnung handelt es sich nur darum, das bisher übliche Verfahren in eine allgemein gültige Form zu bringen. Die Möglichkeit für die Gemeinden, die reichseinkommensteuerfreien Einkommen bis zu 1500 *M* besteuern zu können, ist durch eine Verordnung des Ministeriums der Finanzen wieder aufgehoben, früher würde man das als einen Rechtsbruch bezeichnet haben, ein Gesetz durch eine Verordnung aufzuheben. Er bittet um Annahme der Vorlage. — Stadtv. Mahlo (Dem.) ist der Ansicht, daß die Steuer getragen werden muß und schlägt eine Wohnungssteuer für die zu großen Wohnungen vor, worauf ihm der Erste Bürgermeister lächelnd erwidert, daß auch diese schon im Werden ist. Dem Stadtv. Weidling (Dem.) gibt er ebenfalls Auskunft über Einzelheiten der Vorlage. — Stadtv. Schneider (U. S.): Die Vorlage verdient, abgelehnt zu werden. Er schlägt eine Fenstersteuer vor, da man ja vielen großen Wohnungen infolge der schwierigen baulichen Veränderungen nicht beikommen kann. Seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen. — Stadtv. Krüger (Soz.) tritt für eine Erhöhung der Höchstgrenze für Schilder ein und schlägt eine Fahnenstangensteuer vor. — Stadtv. Frauenheim (Dem.) tritt für die Vorlage ein infolge der Notwendigkeit, und Stadtv. Eichardt (Dn.) betont, daß alle Möglichkeiten ausgenutzt werden müssen, um der Stadt Geld zu beschaffen. Auch die Wohnungssteuer kann eingeführt werden. — Der Erste Bürgermeister verwahrt sich gegen den Einwurf des Stadtv. Krüger (Soz.), daß die Deputation der Allgemeinen Verwaltung überflüssig sei bei dem mangelnden Kontakt zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Dieser hält seine Ansicht aufrecht. — Stadtv. Koenen (U. S.) zur Rechten: Sie werden ja nachgerade Revolutionäre und eines Tages Bolschewisten, wenn Sie allmählich einsehen, daß es so nicht weitergehen kann. Verlangen Sie von der Regierung, daß sie Abhilfe schafft. Zu diesem Zwecke schlägt er die Annahme einer Entschließung an den Reichsminister vor, in der Stadtverordnetenversammlung und Magistrat gegen die Reichsfinanzpolitik protestieren, und Einziehung der noch immer hohen Gewinne aus den Unternehmungen der Industrie, des Handels und des Verkehrs und der Unternehmungen bis zur gänzlichen Wegsteuerung, um den minderbemittelten Kreisen die Notlage zu lindern. Stadtv. Koenen (U. S.) begründet die Entschließung in längeren Ausführungen. — Stadtv. Müller (D. Vpt.) fragt, ob dieser Wasserfall auch zum Punkt 10 der Tagesordnung gehöre, worauf ihm Stadtv. Koenen (U. S.) in weiteren Ausführungen erwidert. — Hieran schließt sich eine sehr ausgedehnte Besprechung. Der Erste Bürgermeister lehnt den zweiten Teil der Entschließung ab und bezeichnet das Ganze als eine politische Demonstration. — Stadtv. Teller (Dem.) lehnt die eingebrachte Entschließung ebenfalls als ein politisches Erzeugnis ab. — Stadtv. Döbber (Dem.) wirft das Grundübel unseres Elends, den Friedensvertrag, in die Debatte. — Stadtv. Eichardt (Dn.) hält den ersten Teil der Entschließung für annehmbar, während die Stadtv. Koenen und Wolf (U. S.) den unabhängigen Standpunkt vertreten. Stadtv. Krüger (Soz.) erklärt, daß seine Partei die Entschließung annehme, wenn sie an den Deutschen Städtetag geleitet werde, statt an den Minister. Darauf wird die Entschließung mit den Stimmen der Linken gegen die Rechte des Hauses angenommen, nachdem die Worte „fordern sie" geändert worden sind in „schlagen sie vor".

Die Gewährleistung an die Post für die Aufrechterhaltung des Nachttelephondienstes in der Stadt

wird von dem Stadtv. Teller (Dem.), wie schon veröffentlicht, begründet und zur Zustimmung empfohlen. — Nach kurzer Besprechung, in der Stadtv. Müller (D. Vpt.) wünscht, daß die Industrie besser zur Kostentragung herangezogen werde, wird die Vorlage von der Versammlung angenommen.

Dienstwohnung für den Direktor des Elektrizitätswerkes Boye und den Rohrmeister Lowitsch am Wasserwerk.

Dem Antrag des Berichterstatters Stadtv. Pohl (U. S.) auf Zustimmung zu der von ihm wie veröffentlicht vorgetragenen Vorlage entspricht die Versammlung ohne Besprechung.

Es wird dann noch eingebracht: Anfrage des Stadtv. Rex (Dem.) und Gen. wegen des gegenüber Weißenfels so außerordentlich hohen

Gaspreises.

Stadtbaurat Zollinger erwidert: Es soll erwogen werden, den Preis, wenn möglich, herabzusetzen, nachdem die Anfuhr von Ruhrkohlen etwas besser geworden ist. Ob es möglich ist, ist eine andere Frage.

Anfrage des Stadtv. Teller (Dem.) wegen des außergewöhnlich

hohen Elektrizitätspreises,

der jetzt 3,50 *M* für die Kilowattstunde gegenüber bedeutend niedrigeren Preisen in anderen Städten beträgt. — Stadtbaurat Zollinger: Es wird untersucht werden, ob eine Herabsetzung möglich ist. — Stadtv. Boye: Eine Herabsetzung ist möglich, wenn wir auf die Überschüsse an die Kämmereikasse verzichten. Werden die Überschüsse aber dort weggenommen, so müssen wir sie von einer anderen Stelle wieder herbeischaffen.

Anfrage des Stadtv. Krüger (Soz.): Warum wird die Einwohnerschaft gezwungen, mit dem

½ Pfund Einmachezucker gleichzeitig Bohnen abzunehmen?

Findet eine Kontrolle und eine Revision in der Ausgabe der Zuckermarken statt. — Stadtrat Langer beantwortet die Anfrage dahin: Der Zucker rührt aus Verbrauchszuckerbeständen her, die die Stadt erspart hat, und kommt nicht auf Kosten der Konsumenten. Die Stadt hatte seinerzeit auf Anraten der Regierung größere Mengen Hülsenfrüchte angeschafft, die nun abgestoßen werden. Von einer Übervorteilung bei der Ausgabe von Einmachezucker und Bohnen kann keine Rede sein. — Erster Bürgermeister Hertzog: Das trifft in vollem Umfange zu. In den letzten Wochen ist nur mehr der zehnte Teil der von der Stadt zur Ausgabe kommenden Lebensmittel abgenommen worden. Wir sind hier nur die Verteiler der Zuckermarken. Es wird ein genaues Listen- und Fortschreibungsverfahren geübt. — Stadtv. Krüger (Soz.) kann auch nach dieser Aufklärung die Allüren der Stadt nicht gutheißen. Er stellt die Frage, wie der „Herzog Christian" mit Zuckermarken beliefert wird, da dort anscheinend Zucker in Mengen verbraucht wird. — Der Erste Bürgermeister sagt eine Nachprüfung der Zuckermarkenversorgung des „Herzog Christian" zu und bemerkt auf eine Anfrage des Stadtv. Müller (D. Vpt.), der die schlechte Beschaffenheit einzelner Lebensmittel der letzten Wochen rügt, daß die zur Ausgabe kommenden städtischen Bohnen gut sind. Zu beachten sei, daß eine große Menge Bohnen im Privathandel ist.

Damit war die öffentliche Beratung um ½11 Uhr zu Ende gekommen und die Stadtväter tagten in der Nichtöffentlichkeit weiter.

*

Im Amtsblatt des Kreises Merseburg,

das der heutigen Ausgabe beiliegt, veröffentlicht der Landrat eine Bekanntmachung betr. die Ernteabschätzung 1920. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit machen wir alle Landwirte auf die Ausführungsbestimmungen der Ernteabschätzung besonders aufmerksam. Weitere Bekanntmachungen des Landrats betreffen die Gebührenordnung für die Tätigkeit der Schornsteinfegermeister im Kreise Merseburg, Verkauf von Notstandsschuhwerk und Notstandskleidungsstücke, die neuen Sätze der Gebührenordnung für die Hebammen usw.

*

Polengefahr und Grenzspende.

Der Ausgang der Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen wird wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt, die 200 000 Abstimmungsberechtigten aus ganz Deutschland in die Lande jenseits des polnischen Korridors zu befördern. Es ist lebhaft zu befürchten, daß die Polen alles daran setzen werden, trotz aller Abmachungen und Zusicherungen den Transport der deutschen Wallfahrer auf dem Landwege zu verhindern. Da ihnen das gesetzliche Recht dazu fehlt, versuchen sie, den Verkehr durch bureaukratische Schikanen zu erschweren und werden wahrscheinlich im letzten Augenblick durch Sabotage die Eisenbahn überhaupt lahmlegen. Da bleibt nichts anderes übrig, als diese gewaltigen Scharen der aus den bedrohten Gebieten Gebürtigen zu Schiff über die Ostsee zu schaffen. In dieser Frage haben Öffentlichkeit und Presse bisher einen leider wenig begründeten Optimismus gezeigt. Der zur Verfügung stehende deutsche Schiffsraum kann im besten Falle 60—70 000 Menschen den Weg in die Heimat öffnen. Müßten die anderen zurückbleiben, so könnte die zu erhoffende imponierende Mehrheit des Deutschtums hinfällig werden. Darum bleibt jetzt nichts übrig, als neutralen Schiffsraum für diesen Zweck zu chartern. Welche Unsummen das bei dem Valutastand der nordischen Staaten verschlingt, liegt auf der Hand. Aber die Rettung der deutschen Ostmark muß uns wichtiger sein als finanzielle Bedenklichkeiten; bleiben jene Gaue dem Reiche erhalten, so werden sich diese Millionen gut verzinsen. Die deutsche Regierung darf bekanntlich laut Versailler Vertrag die Abstimmung nicht finanziell unterstützen, von der privaten Opferbereitschaft hängt also das Gelingen des großen Werkes ab. Wer darum in der letzten, unblutigen Schlacht um Deutschlands Existenz mitkämpfen will, der opfere für die Grenzspende. Zum Kriegführen gehört Geld und abermals Geld; und der Kulturkampf gegen den polnischen Übermut ist eine Sache, die größter Opfer wert ist. Darum helft mit, die vielen Volksgenossen trotz des Korridors in die Heimat zu befördern.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Donnerstag den 1. Juli.)

Ausgabe von Zuckermarken für Juli und August im alten Rathaus (Burgstraße) von 7—2 Uhr nur an Erwachsene gegen Vorlage des Lebensmittelheftes für die Einwohner der Straßen mit den Anfangsbuchstaben K—P.

---

§ **Daspig**, 30. Juni. Über die Einweihungsfeier des Kriegergedenksteines geht uns noch folgender ergänzender Bericht zu: Am Sonntag fand hier unter reger Beteiligung der Bevölkerung der ganzen Umgegend die Einweihung des Kriegergedenksteines für die Teilnehmer am Weltkriege und der in ihm Gefallenen statt. Es hatten sich zur Feier in corpore eingefunden der Landwehrverein Leuna-Rössen-Göhlitzsch-Daspig, Verein Einigkeit Daspig und Umgegend. Der Festzug setzte sich von der Gastwirtschaft Schröter zum Denkmal um ½2 Uhr in Bewegung. Die Teilnehmer nahmen im Dreieck um das Denkmal herum Aufstellung. Nach einem musikalischen Vortrag der Kapelle Hartung in Spergau: „Ein feste Burg ist unser Gott", sprach Fräulein Else Schröter aus Daspig einen hübschen Prolog, worauf von der Daspiger heranwachsenden Jugend, unter der Leitung des Lehrers Schmeißer in Cröllwitz das Lied vorgetragen wurde: „Über den Sternen". Hierauf hielt Pastor Reinstein die Festrede. Er gedachte mit warmen Worten aller derer, die draußen im Feuer standen und auch derer, die sonst ihre Dienste dem Vaterlande zur Verfügung stellten, insbesondere aber der drei im Weltkrieg Gefallenen der kleinen Gemeinde. Hierauf sprach der stellvertretende Amtsvorsteher und Zweckverbandsvorsitzender Cornely einige Worte, die dem Geiste der Versöhnung galten, der durch das Denkmal versinnbildlicht werde, Versöhnung zwischen alter und neuer Zeit, Versöhnung zwischen Landwirtschaft und Industrie, Versöhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Musik spielte hierauf „Wie sie so sanft ruhen", worauf Pastor Reinstein feierlich das Denkmal der Gemeinde übergab. Gemeindevorsteher Trauntmann übernahm das Denkmal in die Obhut der Gemeinde und legte für sie einen Kranz nieder. Kranzniederlegungen erfolgten hierauf noch vom Verein Einigkeit, vom Landwehrverein Leuna-Rössen-Göhlitzsch-Daspig, von der Jugend zu Daspig und von den Angehörigen der Gefallenen. Mit einem weiteren Gesangsvortrage und einem Musikstück schloß die wirkungsvolle Feier. Das Denkmal, ein roh gehauener Granitblock, mit eingehauener Schrift und aufgesetztem eisernen Kreuz, schmiegt sich in einer hübschen Anlage unmittelbar an den Friedhof in Daspig an und wird ein dauerndes Zeichen deutscher Treue und deutscher Tapferkeit sein. Es ist ein Werk des Bildhauermeisters Wehnemann in Merseburg.

§ **Lauchstedt**, 30. Juni. Ein Schwindlerpaar gab in Lauchstedt eine Gastrolle. Vor ca. 4 Wochen logierte sich in einem hiesigen Gasthofe ein Pärchen ein, angeblich Bruder und Schwester. Die Leutchen ließen sich die gute Verpflegung gefallen, und da der Wirt es auch an aufmerksamer Bedienung nicht fehlen ließ, fühlten sich die Gäste recht wohl. Als diese am Donnerstag nicht zum Mittagessen kamen, wurde festgestellt, daß sie abgereist waren. Auch hatten sie in der Eile vergessen, die Rechnung zu begleichen. Der betr. Wirt machte sich kurz entschlossen auf die Suche und traf die „Herrschaften" in Halle. Er veranlaßte deren Festnahme und darf wohl lange auf Begleichung der Nota warten. Auch sonstige gutmütige Seelen hat das Pärchen angepumpt. — Das Wohltätigkeitsfest, welches der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten — Ortsgruppe Lauchstedt — am vergangen Sonntag im hiesigen Goethetheater veranstaltet hatte, erfreute sich eines guten Besuches. Die Darbietungen waren einwandfrei und ganz der Tradition des Goethetheaters entsprechend, in dessen Mauern nur wahre Kunst sich betätigen darf. Der rauschende Beifall am Schlusse jeder Programmnummer mag den Künstlern selbst bekundet haben, daß sie dankbare Zuhörer vor sich hatten. Bewundern konnte man die Virtuosität des Herrn Busch, welcher meisterhaft den Flügel beherrschte, den herrlichen Gesang der Frau Landesrat Bothe, sowie die Meisterschaft des Herrn Rohe sowohl auf der Geige wie auf dem hier wohl zum ersten Male gespielten eigenartigen Instrument Viola d'amore.

*

Warnung an unsere Hausfrauen.

Die Maul- und Klauenseuche ist ein fieberhaftes Allgemeinleiden. Der Erreger- oder Ansteckungsstoff ist im ganzen Tierkörper, in seinen festen, flüssigen wie gasförmigen Bestandteilen, besonders in der ausgeatmeten Luft, im Kot, Harn, Milch und auch in der Ausdünstung der Haut enthalten. Der Infektionsstoff ist überaus flüchtig, direkt von Tier zu Tier, wie indirekt durch alle möglichen Träger und Zwischenträger, an denen der Ansteckungsstoff haftet, durch leblose Gegenstände, durch Personen und Tiere, die selbst für die Seuche gar nicht empfänglich sind, verschleppbar. Rohe Milch von maul- und klauenseuchekranken Tieren erzeugt nicht nur bei jungen Tieren, sondern auch bei Kindern stets eine infektiöse, oft tödlich verlaufende Darmentzündung. Auch junge Hunde gehen an solchem Genuß zugrunde. Abgekochte Milch ist jedoch vollkommen unschädlich. Die Maul- und Klauenseuche tritt in diesem Jahre in einer Form auf und in einer Ausdehnung, wie sie in Deutschland noch nie beobachtet worden ist. Es geht demnach an alle Hausfrauen die dringende Warnung, rohe Milch, d. h. unabgekochte Milch, in keinem Falle den Kindern zum Genuß zu reichen, gleichgültig, ob diese von Kühen oder Ziegen herrührt, und auch nicht von solchen Tieren, wo anscheinend kein Seuchenverdacht besteht. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß die Seuche im Anfangsstadium häufig von vielen Tierhaltern nicht erkannt wird, und auch andererseits, daß es leider noch viele Kuh- und Ziegenhalter gibt, welchen die Befolgung der seuchenpolizeilichen Vorschriften als große Unbequemlichkeit erscheint und infolgedessen deren Anmeldung verabsäumen. Ist auch anzunehmen, daß sich diese nicht der Gefahr bewußt sind, in die sie durch nichts zu entschuldigendes Verfahren ihre Mitmenschen in Lebensgefahr bringen, so muß gegen derartige Tierhalter mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. A. S.

Wetterwarte.

V. W. am 1. 7. (Donnerstag): Wolkiges, zeitweise aufheiterndes, ziemlich warmes Wetter mit gewitterhaften Regenfällen. — 2. 7. (Freitag): Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kühler, gewitterhafte, kurze Regenschauer.

Turnen — Sport — Spiel.

V. f. L. Liga in Zeitz. Die Liga-Mannschaft des V. f. L. beschloß vergangenen Sonntag mit einem Propagandaspiel in Zeitz gegen den dortigen Ballspielklub ihre Spielserie. Eine großzügige Reklame hatte etwa 1500 Zuschauer angelockt und war Zeuge eines spannenden Kampfes, welcher auch wirklich ein Propagandaspiel im Sinne des Wortes war. Unsere Blauweißen führten trotz Ersatz für Heitkamp und Pätz ein flüssiges Kombinationsspiel vor, dem der Gastgeber bei Weitem nicht gewachsen war. Die Zeitzer Mannschaft spielte äußerst eifrig und hatte ihre Stütze in der Hintermannschaft, die aber die wuchtigen Angriffen des V. f. L.-Sturmes nicht aufhalten konnte. Bis Halbzeit erzielte die Liga 3 Tore, denen sie nach der Pause noch 2 weitere Treffer anhängte, wogegen der Ballspielklub leer ausging. Mit 5:0 war unser V. f. L. verdienter Sieger. Die Mannschaft war auf allen Posten gut besetzt und verdient ein Gesamtlob. — Vor diesem Spiele spielten die I. Jugendmannschaften beider Vereine gegeneinander, wobei ebenfalls die Blauweißen nach selten schönem Zusammenspiel mit 4:0 Sieger blieben.

Schwimmsport. Kreiswasserspiele. Gau 6 Merseburg (Schwimmverein Zeitz) — Gau Leipzig (Neuer Leipziger Schwimmverein) in Zeitz am Montag Abend. — Das Spiel endete wie voraus gesagt mit einem überlegenen Siege Leipzigs von 7:1. Der Spielverlauf war kurz folgender: Leipzig spielt zuerst mit dem Strom, spielt eine gute Kombination. Zeitz ist jedoch auf der Hut und greift ab und zu gut an, bis in der dritten Minute Leipzig aus nächster Nähe das erste Tor erringt. Zeitz läßt sich nicht beeinflussen und greift forsch an. Leider versagt die Sicherheit am Ball sowie das schnelle Handeln mit dem Ball, so daß viele gute Chancen für Zeitz verloren gingen. In kurzem Abstande von einer Minute erreicht Leipzig noch zwei Tore, so daß das Spiel bei Halbzeit 3:0 für Leipzig steht. Nach 3 Minuten Pause spielt Zeitz mit Strom. Es zeigt sich sofort eine starke Schärfe im Spiel, die der aufmerksame Schiedsrichter Direktor Altstädt-Merseburg sofort abstellt. Zeitz ist wieder im Angriff, kann jedoch nichts erreichen. Kurz hintereinander erreicht Leipzig noch zwei Tore, dem Zeitz durch einen prächtigen Langschuß Sebelmeyers in die linke Torecke das Ehrentor entgegen zu stellen vermag. Nach weiteren kurz hintereinander folgenden Toren für Leipzig wobei Zeitz nur noch für die Verteidigung in Frage kam, ist das Spiel zu Ende. Damit hat Leipzig zwei wertvolle Punkte für die Kreismeisterschaft des Kreises 7 (Sachsen) errungen und Zeitz als jüngster Verein im Kreis gutes Können gezeigt.

Merseburger Schwimmerschaft. Die heutigen Temperaturen sind folgende: Wasser 22 Grad, Luft 28 Grad.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitz; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Es ist leider nicht viel. Aber wenn Sie morgen früh zu mir kommen, will ich Ihnen mehr geben. Auch Kleider. Für jetzt kann ich Ihnen nur einen Winterrock zur Verfügung stellen —"

„Ach was, machen Sie doch keine Geschichten Sie sind alt und können sich in dem dünnen Sakko ja noch den Tod holen. Ich wohne ja gar nicht weit von hier und habe auch noch einen zweiten Überrock daheim. Hier ist auch die Adresse."

Er reichte dem alten Mann einen Zettel, auf den er rasch mit Bleistift ein paar Worte gekritzelt hatte, zog seinen Überrock aus und nötigte den Bettler hinein.

Dann knöpfte er sich den Salonrock, der seine schlanke, sehnige Gestalt eng umschloß, fester zu, sagte: „Auf Wiedersehen morgen" und wandte sich rasch ab, um allen Dankesbezeugungen zu entgehen.

Dies geschah so hastig, daß Wera nicht Zeit gehabt hatte, sich zu entfernen, und beinahe von ihm umgerannt worden wäre.

Beide erröteten heftig. Er, weil er belauscht, Wera, weil sie dabei ertappt worden war.

Sie blickte in ein junges, bartloses Gesicht mit weichen Zügen und verträumten dunklen Augen, die ihr irgendwie bekannt schienen, obwohl sie bestimmt wußte, daß sie deren Träger bisher noch nie gesehen hatte.

Ehe sie recht zur Besinnung kam, war er mit einem leisen „Pardon" verschwunden, während sie mechanisch ihren Weg fortsetzte.

Das kleine Erlebnis beschäftigte sie stark. Wie unpraktisch! sagte ihre Vernunft, die sich auflehnte gegen eine so blinde Wohltätigkeit. „Aber doch auch wie rührend . . ." setzte ihr Herz hinzu. „So recht passend zu den Träumeraugen . . ."

Wenige Schritte danach begegnete sie ihrem Schwager Heidlof, der aus dem Sanatorium kam, nach Hause wollte und sorgsam in Watte und Seidenpapier gehüllt einen Strauß Rosen in der Hand trug.

„Du willst doch nicht pater peccavi sagen damit?" fragte Wera, nachdem sie einander begrüßt hatten, auf den Strauß deutend „Das wäre schmählich, Egon!"

Er lächelte müde und verlegen zugleich.

„Was bleibt mir da anderes übrig, wenn ich Frieden will daheim? Man hat doch geheiratet, um glücklich zu sein Ich kann das ewige Schmollen und Weinen Danielas nicht länger ertragen. Ich dürste nach Ruhe!"

„Aber begreifst du denn nicht, daß du damit ein Unrecht zugibst, daß du gar nicht begangen hast? Sei doch lieber ein bißchen hart und erziehe Daniela!"

„Das sagt sich leicht. Wenn du wüßtest, wie todmüde ich abends stets bin! Man wird nicht im Schlaf ein gesuchter Arzt, und Ruhe daheim ist in unserem Beruf geradezu eine Notwendigkeit. Es wird einem am Ende gleichgültig — wie man sie erreicht."

„Aber so wird es ja nur immer schlimmer werden zwischen euch! Daniela wird immer mehr verlangen!"

Er schwieg. Ein resignierter Zug lag auf seinem Gesicht.

Wera war innerlich ganz wütend. „Daß du so bist! Gerade du. Ich habe doch geglaubt, du wärest ein Mann, der sich sein Recht verschaffen kann daheim! Nicht so waschlappig wie Georg, nicht so unvernünftig gut und friedfertig wie Papa! Aber es ist leider überall so: Der Mann ist nur Herr in seiner Berufswelt. Daheim ist er eine Null . . ."

„Vielleicht muß es so sein!"

„Daß die Weiber das Regiment führen und der Mann sich ihren Launen duckt?" Wera war stehen geblieben und sah ihren Schwager ganz entsetzt an. „Nein, ich als Weib sage dir, das muß nicht sein! Wie können wir mit ganzer Seele lieben, wo wir nicht mehr emporblicken können zu dem Manne unserer Wahl? Ich wenistens könnte es nie!"

In Heidlof stieg der Ärger auf über diese „superkluge Mädchenweisheit", die zu keinerlei Konzessionen bereit war.

„Gib acht," sagte er, „du redest wie der Blinde von der Farbe, und weißt noch gar nicht, wie du selbst in der Ehe wärest? Wenn du dich nun gerade mal in solch einen gutmütigen „Waschlappen verliebtest . . ."

„Ausgeschlossen! Mein Mann muß ein Held sein mit eisernem Willen! Viel lieber einen Tyrannen als einen Mann, der sich meinen Worten beugt!"

Heidloff zuckte stumm die Achseln. Verstimmt trennten sie sich. Als Wera die Glocke an der Meisterschen Wohnung zog, war es bereits halb sieben und ganz dunkel geworden.

Die Generalin selbst öffnete ihr. Sie hatte verweinte Augen und ihr Gruß klang gedrückt.

„Sie kommen heute wie ein Engel der Erlösung, liebes Kind," sagte sie, „wir sind beide ganz niedergeschlagen, mein Mann und ich . . ."

„Was ist denn geschehen? Elfriede wird doch nicht krank sein?" fragte Wera erschrocken.

„Nein. Von ihr kommt uns gottlob kein Kummer! Aber mein Sohn . . . Denken Sie nur, Wera, gestern abend kam er uns wie eine Bombe ins Haus geplatzt! Er hat den Dienst quittiert und Knall und Fall geheiratet — alles, ohne daß wir eine Ahnung davon hatten! Mein Mann ist so wütend, und ich . . . . Gott, ich kränke mich so sehr!"

„Den Dienst quittiert? Geheiratet ohne Ihr Wissen?" wiederholte Wera mechanisch. „Aber wie ist das denn möglich? Warum schrieb er Ihnen nicht?"

„Er sagte, es kam alles so schnell, daß er selbst kaum zur Besinnung kam. Aber wahrscheinlich hat er unseren Einspruch gefürchtet. Er erklärte, er habe nicht anders handeln können als fühlender Mensch, denn Lou — so heißt seine Frau — wäre sonst der schrecklichsten Not preisgegeben gewesen. Und da sie nichts hat — gar nichts — nicht einmal eine ordentliche Aussteuer — konnte er sie nicht anders heiraten, als indem er den bunten Rock auszog. Ach, er hat sich wohl wieder einmal von seinem guten Herzen hinreißen lassen zu diesem unbedachten Streich. So war Roland ja immr schon . . . leider!"

„Ein Freund hat ihm hier in Wien bei einer Zeitung einen Redakteurposten verschafft. Das übrige will er mit Schriftstellerei hinzuverdienen. Ach, ich fürchte, das alles wird aber nicht reichen bei diesem Luxusgeschöpfchen von Frau, das nicht mal eine Ahnung von Geld und Geldeswert zu haben scheint! Na — Sie werden ja selbst sehen . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200630-10/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

In das Handelsregister A Nr. 396 ist heute die Firma **Rudolf Gärtner** mit dem Sitze in Frankleben und als Inhaber der Zimmermeister **Rudolf Gärtner** daselbst eingetragen worden.
Merseburg, den 25. Juni 1920.
Amtsgericht, Abt. 4.

In das Handelsregister A Nr. 382, betr. die Firma **Albert Franke** in Merseburg ist heute folgendes eingetragen:
Die Firma ist eine offene Handelsgesellschaft. Der Kaufmann **Willy Franke** in Merseburg ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Juni 1920 begonnen.
Merseburg, den 25. Juni 1920.
Amtsgericht, Abt. 4.

Für junges Fräulein
möbliertes Zimmer
sofort gesucht. Angeb. erbittet **Richard Lots**, Papierhandlg., Burgstraße 7.

Handwerker sucht
möbliertes Zimmer
evtl. einfaches Logis ohne Kost. Off. unt. 1490 an die Exped. d. Bl.

Bess. Herr sucht **möbl. Zimmer**
Angeb. sind unter 1486 an die Exped. d. Bl. zu richten.

Jung., anst. Mann sucht sof.
Schlafstelle.
Ang. unt. 1492 an die Exp. d. Bl.

Welche edeld. Herrschaft gibt jung. kinderl. Ehepaar (Zivil-Beamtenanwärter, Regierung,) 2—3 leere Zimmer m. Kochgel. ab? Ang. unt. 1487 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch!
St., K., K. gegen gleiche oder größere zu tauschen ges. Angeb. unt. 1484 an die Exped. d. Bl.

Kaufe
Gasthof oder Bäckerei.
Ritzer, Halle a/S., Lindenstraße 62.

50000 Mark
auf 2. Hypothek (hinter Sparkasse), auf auswärtiges Geschäftsgrundstück aus Privathand mögl. sofort gesucht. Angeb. mit Angabe des Zinsfußes unter 1491 an die Exped. d. Bl. erbeten.

---

1 Paar weiße Damen-Halbschuhe
Größe 37, billig zu verkaufen
Wilhelmstraße 6, 1 Tr.

Eine guterh. Nähmaschine billig zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Hölzerner Garten-Tisch, Bank, 2 Stühle zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gut erhalt., wenig gebrauchte
Fuhrwerkswage
preiswert zu verkaufen.
Internationale Speditionsgesellschaft Ernst & Nützer G. m. b. H. Leipzig, Eutritzscher Straße 20.

---

50 Schnellhefter und 300 lange Briefumschläge
hat abzugeben Hallesche Str. 57 (zwischen 5—7 Uhr nachmittags).

Photogr. Apparat
gut erhalten, zu verkaufen
Sand 20, Laden.

Achtung! Achtung!
Musiker-Gelegenheitskauf.
Verkaufe oder vertausche wegen Aufgabe des Geschäfts versch. Instrumente.
Darunter: 1 Zugposaune (fast neu), 1 Cello mit gutem Futteral und Bogen, 1 Tenorhorn in B. (eiförmig), 1 Streichbaß, 1 Glockenspiel, 1 Piston (franz. Form, neu) und noch verschiedene andere Sachen. Anfragen und Besichtigung von Nachmittag 4—6 Uhr.
Mücheln, Topfmarkt Nr. 13.

---

35 Zentner Briketts
(a 14 Mk.) zu verkauf. Angeb. unt. 1489 an die Exped. d. Bl.

---

7 Stck. kleine Enten
(2 Wochen alt), zu verkaufen
Clobikauer Str. 11.

Saugschweine
hat abzugeben Neumark 35.

Guterh. Hand-Dreschmaschine
zu kaufen gesucht. Angeb. unter 1493 an die Exped. d. Bl. erb.

Einige
Kontormöbel
sowie ein
Kleiderschrank
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 1488 an die Exped. d. Bl. erb.

Arthur Mühlpfordt
Gertrud Mühlpfordt
geborene Schlegel
Vermählte

Ammendorf, Burgstraße 11

Hans Joachim

Die glückliche Geburt eines strammen **Jungen** zeigen hocherfreut an
Hugo Bechstedt u. Frau
Emma geb. Böhme.
Merseburg, den 29. Juni 1920.

Todes-Anzeige!

Am 29. Juni, früh ¾5 Uhr, entschlief sanft nach langem schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,
Frau **Martha Becker** geb. Günther
im Alter von 22½ Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
Emil Becker
Karl Günther und Frau geb. Wippert
nebst allen Angehörigen.
Körbisdorf, den 29. Juni 1920.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Gestern früh ½8 Uhr verschied nach langem, schweren Leiden im Krankenhaus zu Bleicherode meine liebe Frau
Emma Hulda Tauche
geb. Schwarze
im Alter von 36 Jahren.
Dies zeigt an in tiefster Trauer:
Heinrich Tauche
im Namen aller Hinterbliebenen.
Merseburg, den 30. Juni 1920.
Die Beerdigung findet Freitag, den 2. Juli, nachmittag in Bleicherode statt. — Etwa zugedachte Kranzspenden bitte bis Donnerstag abend Schmale Str. 9 abzugeben.

Pferde
zum Schlachten
sowie Notschlachten
kauft stets
Roßschlächterei **Felix Möbius,** Inh.: **Georg Trautmann, Merseburg,** Tiefer Keller Nr. 1. Fernsprecher 588.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf von Schlachtepferden.

Täglich frisch:
Grüne Bohnen
Blumenkohl
Wirsing, Kohlrabi
Möhren, Mairüben
Grünfutter tägl. 11—12 und 5—5½ Uhr
Gemüsebau Ritschmühle.

Krautpflanzen
hat abzugeben
Klein-Kayna Nr. 10.

Durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sind wir leider gezwungen, unsere Preise ab 1.7.20. zu erhöhen:
für Rasieren 60 Pf.
für Haarschneiden 2,— Mk.
für Haar- u. Bartschneiden 3,— Mk.
Die Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung zu Merseburg.

Engl.-Amerik. Zigaretten
per Stück 55 Pfg.
Chesterfield, Camel, The Iceberg
Billigstes Angebot!
C. Walter, Zigarrengeschäft
Fernruf 665. Hallesche Straße 35. Fernruf 665.

Kurhaus Dürrenberg.
Jeden Donnerstag von abends 7½ Uhr an
Réunion.
Jeden Sonntag von nachm. 3 Uhr an **Tanz-Kränzchen.**

Funkenburg

Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr:
Großer wissenschaftlicher
Vortrag
des Schriftstellers und Hygienikers
Emil Kröning, Stuttgart,
über:
Liebe, Ehe,
Kindersegen und Verhütung der Mutterschaft
(unter Mitbenutzung seines berühmten, früher verbotenen Werkes).

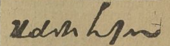
Aus dem Inhalt:
Die vernichtenden Folgen der Vernachlässigung frühzeitiger Aufklärung für Jünglinge und Jungfrau, Mann, Weib und Kind. — Das für beide Geschlechter kostbarste Wissen. — Die Erhaltung der Schönheit und Gesundheit. — Was ist erste Pflicht? — Schwächungen von Mutter und Kind durch zu viele Geburten, sowie Fehlgeburten, schwere, Früh-, künstliche und Zangengeburten zu verhüten! — Das Zugrundegehen so vieler Gattinnen in ihrem Blütealter infolge rücksichtsloser Vorenthaltung des notwendigen Wissens über alle Ehefragen. — Unerhörte Säuglings- und Kindersterblichkeit! — Fort mit den vielerlei Schädigungen der Frauenschönheit und -kraft. — Wissende Geschlechter schaffen am gegenseitigen Glück. — Die lebenschaffenden Elemente, bewahrt das Liebes- u. Lebensglück!

Eintritt 2 Mark.

Tivoli-Theater Merseburg.
Dir. A. Dechant.
Donnerstag, den 1. Juli, abends ¾8 Uhr:
Der Sohn mit dem?
Schwank in 3 Akten von Fischer und Jarno.

Reichsbund der K., K. u. K.
Ortsgruppe Merseburg.

Donnerstag, den 1. Juli d. J., abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im „Tivoli".
— Wichtige Tagesordnung —
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Vorstand.



Gabelsbergerscher Stenographen-Verein.
Donnerstag, den 1. Juli d. J., abends 8 Uhr, wird ein
neuer Kursus
in der Gabelsbergerschen Stenographie eröffnet. Anmeldungen beim Beginn des Unterrichts.
Lokal: Karlstraße 4 (altes Lazarett).

Landwirtssohn,
Buchhalter, 28 J., sucht Damenbekanntschaft zw. spät. Heirat. Ernstgemeinte Angebote unter 1494 an die Exped. d. Bl.

Mädchen, 7 Jahre alt, soll bei anständ. Leuten in Pflege gegeben werden. Zu erfrag. bei Freytag, Roßmarkt.

Wir suchen für die Fabrik einen kräftigen
Arbeiter
für dauernde Arbeit.
Paul Marckscheffel & Co.

Suche sofort als Aushilfe fürs Altersheim eine treue saubere
Frau
für Küche und Hausarbeit.
Schwester Agnes.

Nettes Stubenmädchen,
in Zimmerreinigen, Plätten u. Nähen bewandert, sucht bei gut. Lohn und Verpflegung und erbittet Meldungen
Rittergut Groß[illegible]
Bahnst. [illegible]

Jüng. Dienstmädchen
sucht zum 1. August
Fr. Gertrud Moor, Gotthardtstraße 10.

Eine Aufwartung
gesucht Gotthardtstr. 37, 1 Tr.

Appell an die Ehrlichkeit!
Uhr mit goldener Kette (Andenken) Stadt—Leunaweg—Ammoniakwerk verloren. Abgabe gegen hohe Belohnung Gartenstr. 9.

Ein graubr. Wolfshund zugelaufen!
Abzuholen geg. Erst. der Insertionsgebühren und Futterkosten Meuschau Nr. 25.

Die unterzeichneten Geldinstitute Merseburgs vergüten vom **1. Juli 1920 ab** im provisionsfreien Scheck- und Giroverkehr bis auf weiteres **höchstens 3 % Zinsen.** Für jeden Ueberweisungs- oder Zahlungsauftrag wird neben den eigenen Portoauslagen eine geringe Gebühr als Beitrag zu den Unkosten in Anrechnung gebracht.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Filiale Merseburg.
Kreissparkasse.
Merseburger Vereinsbank e. G. m. b. H.
Mitteldeutsche Privat-Bank, A. G., Zweigniederlassung Merseburg.
Sächsische Provinzialbank.
Friedrich Schultze.
Städtische Sparkasse.

Verlege mein
Zigarren- und Zigaretten-Spezialgeschäft
ab 1. Juli nach
Neumarkt 54
und empfehle meiner geehrten Kundschaft stets große Auswahl in Zigarren, Zigaretten, Tabak und Kautabak.
Karl Mühlbach.
Neumarkt 54, Sand 16.

Material- und Kolonialwaren-Geschäft
zu pachten oder zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unter 1481 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Hühneraugen??
Da hilft nur **Kukirol,** das schnell und sicher wirkende Mittel. Auch gegen Hornhaut, Ballen und Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2.50 Mark.
Adler-Drogerie, Kurt Atzel.

Achtung!
Fahrräder für Damen und Herren mit neuer Bereifung in allen Preislagen schon von **950 Mk. an.**
Solange Vorrat reicht!
Fahrrad-Zubehörteile!
Prima Gummibereifungen zu billigsten Preisen!
Fahrrad-Reparaturwerkstatt
Gustav Engel Söhne
Merseburg, Weißenfelser Straße 7.
Fernruf **203.**

Turnverein Kötzschen-Benna.
— Sonntag, den 4. Juli, nachm. 4 Uhr, —
im Bahnhofs-Restaurant des Herrn Zätzsch
BALL. Verlosung · Preisschießen.
Vom 1. Juli an **Preiskegeln**
wozu freundl. einladet **Der Vorstand.**

Turn-Verein „Frisch auf"
Kötzschen-Benna.

Sonntag, den 4. Juli 1920
6. Bezirksturnfest.
Vormittags 8 Uhr: Kampfrichtersitzung.
„ 9 Uhr: Beginn der Wettkämpfe.
— Nachmittags: —
Allgem. Freiübungen, Einzel- und Mannschaftskämpfe, Staffelläufe, Wettspiele.
6 Uhr: Siegerverkündigung.
Alle Freunde und Gönner der Turnsache sind herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Prima
Tafel-Apfelwein
hochfeine Qualität
vom Faß
pro Liter **Mark 7,20** inklusive Steuer
empfehlen:
Otto Dorn Nachfl., Markt 7.
Carl Elkner, Markt 22.
Rich. Kahl, Neumarkt 10.
Adolf Kunecke, Gutenbergstraße 1.
Paul Näther Nachfl., Markt 9.
Oswald Tränkner, Bahnhofstraße 10.
Julius Trommer, Unter-Altenburg 13.
Emil Weidling, Obere Breite Straße 19.
Emil Wolff, Roßmarkt 11.

Ich beabsichtige,
für Merseburg und Umgebung den
Alleinverkauf
meiner
Regina-Schreibmaschine
zu vergeben.
Arno Rochlitzer, Halle (Saale),
Fernruf 2125. Steinweg 2. Fernruf 2125.
Generalvertreter der Regina-Schreibmaschine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200630-10/fragment/page=0004
DFG

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 141. | Mittwoch den 30. Juni 1920. | 46. Jahrg.

Merseburg und Umgegend.

30. Juni.

** **Die Festsetzung von Höchstmieten.** Nach den Bestimmungen der Höchstmietenverordnung soll das Mieteinigungsamt in den Fällen, wo der Vermieter den Beweis erbracht hat, daß der für den 1. Juli 1914 vereinbart gewesene Mietzins außerordentlich niedrig gewesen ist, den für den 1. Juli 1914 ortsüblich gewesenen Mietzins festsetzen. Diese Vorschrift hat den Zweck, unnötige Härten zu vermeiden. Wenn nun, so verkündet das Ministerium für Volkswohlfahrt, nach mehrfachen Meldungen von den Hausbesitzerorganisationen jetzt vielfach der Versuch gemacht wird, auf Grund dieses Paragraphen eine allgemeine Heraufsetzung des Mietzinses vom 1. Juli 1914 zu erreichen, so ist darauf hinzuweisen, daß die Anwendung dieser Vorschrift eine Ausnahme bleiben soll. Eine allgemeine Anwendung würde nicht nur gegen Sinn und Wortlaut der Verordnung verstoßen, sondern auch eine Unklarheit über die tatsächliche Höhe der Mietzuschläge herbeiführen, die aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt vermieden werden muß. Eine Heraufsetzung des Mietzinses vom 1. Juli 1914 soll nur dann erfolgen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der für den 1. Juli 1914 vereinbart gewesene Mietzins außerordentlich niedrig war. Auch muß verlangt werden, daß in den Entscheidungsgründen des Mieteinigungsamtes das Vorliegen eines außergewöhnlich niedrigen Mietzinses ab 1. Juli 1914 näher erläutert wird.

** **Das Juni-Heft der Mitteilungen der Handelskammer zu Halle a. S.** ist soeben erschienen. Es bringt Mitteilungen über Veränderungen in der Liste der von der Handelskammer öffentlich angestellten und vereidigten Sachverständigen und Probenehmer, Prüfungsberichte über den Gründungshergang von im Handelskammerbezirk gegründeten Aktiengesellschaften, postalische Bestimmungen, Verkehrsbestimmungen, Steuerfragen, Außenhandel sowie sonstige für Industrie und Handel wissenswerte Nachrichten. Die Zusammenstellung der ergangenen Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen, sowie der Angestelltentarifverträge im Handelskammerbezirk ist weiter fortgesetzt.

** **Ordnungsschwierigkeiten in Arbeiterzügen.** In der letzten Sitzung des Bezirkseisenbahnrats Erfurt-Halle wurde darüber Klage geführt, daß die Arbeiter in den Industriegegenden bei Benutzung der Eisenbahn größtenteils die Ordnungsvorschriften überhaupt nicht mehr beachten, und sie sogar mehrfach die Eisenbahnbeamten tätlich bedroht hätten, wenn sie auf Innehaltung dieser Vorschriften hingewiesen haben. Die Werkleitungen, Fabriken usw. sollen deshalb ersucht werden, an die Arbeiterschaft die dringende Aufforderung zu richten, dazu beizutragen, daß die unerläßliche Ordnung im Eisenbahnbetriebe wieder hergestellt werde. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, dann müßte die Eisenbahnverwaltung die Einstellung von Arbeiterzügen erwägen.

** **Preise für Seife.** Wie die Seifen-Herstellungs- und Vertriebs-Gesellschaft bekannt gibt, betragen die mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzten Preise für fetthaltige Waschmittel bis auf weiteres: für 1 Stück reine Kernseife 5 M, für ein Doppelstück reine Kernseife 10 M, für 1 Stück reine Feinseife 5 M, für 1 Stück Rasierseife 2,50 M, für 1 Stück K.-A.-Seife 3,50 M, für ½ Pfund-Paket Seifenpulver 3,50 M, für 1 Pfund-Paket Seifenpulver 7 M. Diese Preise sind Höchstpreise. Die Seifen und Seifenpulverpakete werden mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ohne Preisaufdruck hergestellt.

*

Für die Fußgängerbrücke über die alte Saale

sind weiter bei uns eingegangen:

E. Köppe, hier	1,00 M
A. B., hier	10,00 „
Nachweisung bis 24. Juni	830,50 „
Insgesamt:	841,50 M

Um die 1000 Markspende unserer Leserschaft für die so notwendige Saalebrücke zu erreichen, bitten wir um weitere Spenden, auch die kleinsten werden dankend von unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Allerdings vermissen wir die Spenden von den vielen Vergnügungen und reinen Lustbarkeiten der vielen kommenden Vereine. Also: man dränge sich zur Kasse!

---

§ **Crumpa,** 27. Juni. Hier wurde, wie einst in den vergangenen und fast vergessenen Zeiten des Friedens, dieses Jahr wieder das Kinderfest gefeiert Der Wettergott hatte ein Einsehen und ließ die Sonne ihren strahlenden Glanz über dem Sonntag ausgießen. So herrschte auf dem Schulplatz der Gemeinde ein fröhliches Leben und Treiben der Schuljugend, dem auch die älteren Leute nicht fernblieben. Wurden sie doch an die seligen Zeiten des Friedens und der Freude erinnert, wo jedes Jahr ein Kinderfest für die Jugend stattfand. Am Schluß des Festes sprach Lehrer Schröder der Gemeindeverwaltung für die Bewilligung der nötigen Geldmittel einen Dank aus. Nur dadurch wäre es möglich gewesen, der Jugend diese Freude zu bereiten. Man solle aber auch den Dank gegen den Schöpfer nicht vergessen, der das Fest durch das herrliche Wetter verschönt habe. Die Kinderschar stimmte darauf das alte und doch so wunderbare Kraft verleihende Lied an, das dem Dank gegen den Schöpfer Worte verleiht: „Nun danket alle Gott!“ Die Veranstaltung ist also überaus gut verlaufen und kann als außerordentlich gelungen bezeichnet werden.

§ **Dürrenberg,** 29. Juni. Die Kurliste Nr. 4 des Solbades Dürrenberg weist unter 328 Nummern 1308 Personen auf.

§ **Schkeuditz,** 29. Juni. Vorsicht vor Zigeunern! Am Sonnabend vormittag hielten Zigeuner mit ihren Wagen in der unteren Bahnhofstraße, um beim Kaufmann Leopold einzukaufen. Als diese das Geschäft verlassen hatten, wurde von einem Angestellten bemerkt, daß zwei Stücken Stoffe fehlten. Die sofort benachrichtigte Polizei stellte die Zigeuner am Bahnhof, fand jedoch bei der Durchsuchung der Wagen das gestohlene Gut nicht. Jedenfalls sind die Stoffe von vorausgeschickten Leuten bereits in Sicherheit gebracht worden.

§ **Schkeuditz,** 30. Juni. Die seit 2 Jahren gepflogenen Verhandlungen wegen Vereinigung des exemten Rittergutsbezirks mit der Gemeinde Lützschena haben durch Vermittelung der Amtshauptmannschaft jetzt ihr Ende erreicht. In der letzten Sitzung des Gemeinderates mit dem Rittergutsbesitzer Freiherrn Speck von Sternburg wurden unter Mitwirkung des Amtshauptmanns, Freiherrn Finck, die letzten Differenzpunkte zwischen Gemeinde und Rittergut erledigt und als Termin der Vereinigung rückwirkend der 1. April 1920 angenommen. Im Bezirk Leipzig ist solche Rittergutseingemeindung der zweite Fall, der vollzogen ist.

*

Was Stadtrat Langer voraussagt . . .

Der unabhängig-sozialistische Stadtrat Langer sprach am Sonntag in einer öffentlichen Steuerabzug-Protestversammlung und wartete dabei mit einigen politischen Voraussagen auf, die auf das, was sich im Dunkeln vollzieht, ein Licht fallen lassen. Wir entnehmen darüber der „Querfurter Zeitung“ folgendes: Der 10prozentige Steuerabzug vom Lohn gab die Veranlassung zu der Protestversammlung. Der Referent, Stadtrat Langer-Merseburg, brachte in seinem Vortrag die Stellung seiner Partei zu den im Vorjahre beschlossenen Steuern zum Ausdruck. Vor allem warnt Redner vor Teilstreiks, da diese zu keinem Ziele führen. Die Arbeiterschaft solle sich ruhig verhalten, aber bereit stehen, bis die Zentrale den geeigneten Zeitpunkt für gekommen erachte. Lange werde sich die jetzige Scheinregierung nicht halten können und nach der Konferenz in Spa werde sie wieder ruhmlos verschwinden. Die U. S. P. werde sich nur dann zum Eintritt in die Regierung bereit finden, wenn diese eine rein sozialistische sei und ihr ein Übergewicht eingeräumt werde. Aber auch diese sozialistische Regierung könne nicht das Endziel bedeuten, sondern sie müsse durch die Rätediktatur abgelöst werden. (Beifall.) Der Versammlungsleiter brachte hierauf eine Resolution zur Verlesung, worin gegen den 10prozentigen Steuerabzug Protest erhoben wird. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Mücheln und Umgegend.

29. Juni.

‡ **Mücheln,** 29 Juni. Am Mittwoch abend fand die angekündigte Versammlung für alle mittelständischen Gewerbetreibenden im „Deutschen Hofe“ unter reger Beteiligung der hiesigen Geschäftsleute, Handwerker und Gewerbetreibenden statt. Der beifällig und warm aufgenommene Vortrag des Herrn H. Fabian-Halle veranlaßte die Anwesenden zur sofortigen Gründung einer Ortsgruppe der Reichsschutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe.

‡ **Mücheln,** 29. Juni. Der Hilfsverein für Heidenmission im Kirchenkreise Mücheln veranstaltet nach längerer Pause, das letzte Fest fand im Jahre 1913 in Möckerling statt, am 11. Juli sein Jahresfest in St. Ulrich. Die Festpredigt in dem nachmittags 3 Uhr beginnenden Festgottesdienst hat Pastor Swiercewski-Barnstädt freundlichst übernommen. Um 5 Uhr findet im Schloßpark eine Nachfeier statt, in welcher ein Missionar der Berliner Missionsgesellschaft über den gegenwärtigen Stand des Missionswerkes berichten wird.

‡ **Mücheln,** 29. Juni. Die Amtsgerichtssekretäre Köppel und Baumgardt beim hiesigen Amtsgericht sind zu Justizobersekretären ernannt, der Kanzlist Bauer zum Kanzleiassistenten und der Gerichtsdiener Müller zum Justizwachtmeister.

‡ **Lützkendorf,** 29. Juni. Beim Rangieren des Zuges fuhr dieser am Mittwoch hier den Prellbock um und fauste in das Stationsgebäude hinein, wo er erheblichen Schaden anrichtete.

‡ **Querfurt,** 29. Juni. Ertappter Wilddieb. Der hiesige Feldhüter, im Verein mit mehreren Bürgern, ertappten dieser Tage an der Barnstädter Straße auf frischer Tat den Arbeiter B., als er beim besten Wildern war. Ihm konnten zwei Hasen und das Jagdgewehr abgenommen werden. — Am 24. Juni war das Hotel zur Sonne 25 Jahre im Besitz der Familie Stoye. Dasselbe wurde im Jahre 1895 durch den verstorbenen Karl Stoye von dem Vorbesitzer Hellwig erworben.

‡ **Querfurt,** 29. Juni. Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche ist weiter festgestellt unter dem Klauenviehbestande des Mühlenbesitzers Staar in Liederstädt, des Landwirts Seidler in Göhrendorf, des Landwirts Franz Thieme in Nemsdorf, des Landwirts Otto Banse in Nemsdorf, des Landwirts Otto Zwarg in Nemsdorf, der Weidlichschen Landwirtschaft in Nemsdorf, des Rittergutes Crumpa, des Landwirts Oskar Rühlemann in Barnstädt. In jeder Ortschaft bildet das verseuchte Gehöft einen Sperrbezirk. Für jeden Sperrbezirk gelten die für Laucha a. U. getroffenen Anordnungen.

‡ **Allstedt,** 29. Juni. Das seltene Fest der goldenen Hochzeit konnte in geistiger und körperlicher Frische das allgemein beliebte und geachtete Friedrich Möricke'sche Ehepaar begehen.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Vor dem Schöffengericht Mücheln** wurden am 25. Juni folgende Urteile gefällt: Gegen den Arbeiter K. H. in Lützkendorf wegen Unterschlagung 100 M Geldstrafe; Schlossermeister G. B. in Freyburg a. U. wegen Beamtenbeleidigung in drei Fällen 300 M Geldstrafe; wegen Vergehens gegen die Verordnung der Provinzialfleischstelle der Landwirt E. K. in St. Micheln 400 M Geldstrafe; Grubenarbeiter H. H. in Zöbigker wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der allgemeinen Bergpolizeiverordnung für den Verwaltungsbezirk des Oberbergamts in Halle a. S. 100 M Geldstrafe; wegen Hausfriedensbruchs, Mißhandlung und Beleidigung der Bergmann F. S. in Eptingen 45 M Geldstrafe; Gutsbesitzer R. E. in Oechlitz, Gutsbesitzer O. T. in Oechlitz und Landwirt E. T. in Mehlbergen wegen Vergehens gegen die Verordnung über Ölfrüchte usw. E. 200 M Geldstrafe, T. 100 M Geldstrafe, T. 100 M Geldstrafe, T. außerdem wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung 100 M Geldstrafe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200630-10/fragment/page=0005

lieferung der preußischen Strafanstalten erfolgt durch Vermittelung der preußischen Justizverwaltung, der zu diesem Zwecke jeweils größere Mengen zur Verfügung gestellt werden.

2. Beschaffenheit der Waren.

Da die von der Heeresverwaltung aus Lazarettbeständen und militärischen Beständen überwiesenen Fertigwaren in sich täglich verringertem Maße ersetzt werden, ist die DVB. genötigt, in entsprechend steigendem Maße den Anstalten usw. statt Fertigware Meterware anzubieten. Um die nötige Freiheit in der Belieferung zu haben, werden deshalb die Lieferungsanweisungen in der Regel wahlweise auf Fertigware oder Meterware ausgestellt, soweit die Anstalten nicht ausdrücklich nur Fertigware wünschen. Im übrigen wird Fertigware, soweit es sich nicht um ausgesprochene Lazarettgegenstände (Operationsmäntel, Krankenkleider und dergl.) handelt, in der Hauptsache nur an solche Anstalten geliefert, die nach der Art der Insassen eher mit weniger gut erhaltener, geflickter oder zusammengesetzter Ware auskommen können. Es sind dies besonders Strafanstalten, Fürsorgeerziehungsanstalten, Herbergen und dergl.

3. Bedarfsanmeldung und Lieferungsverfahren.

Die Bedarfsanmeldungen erfolgen auf vorgeschriebenen Vordrucken, die von den Antragstellern durch die Buchdruckerei J. S. Preuß, Berlin S. 14, Dresdener Straße 43, zu beziehen sind.

Die Notwendigkeit der in den Bedarfsanmeldungen beantragten Anschaffungen ist, soweit es sich um Krankenanstalten handelt, durch den zuständigen Kreisarzt zu bescheinigen, im übrigen durch den Magistrat, den Landrat, den Regierungspräsidenten oder das zuständige Ministerium.

Auf den Bedarfsanmeldungen sind die Anzahl der Insassen der Anstalt und die vorhandenen Bestände anzugeben, damit eine genaue Prüfung der Angemessenheit der Anforderungen möglich ist.

Die eingegangenen Bedarfsanmeldungen werden von der DVB darauffhin geprüft, ob die beantragten Gegenstände lieferbar sind, und ob die beantragten Mengen nach Maßgabe der vorhandenen Bestände bewilligt werden können. Aber die so festgesetzten Mengen und Gegenstände erhalten die Antragsteller schriftliche Mitteilung.

4. Pflichten der bezugsberechtigten Anstalten.

Die Anstalten sind zur genauen Ausfüllung der Bedarfsanmeldungen verpflichtet, insbesondere zur wahrheitsgemäßen Angabe der Anzahl der Insassen und der vorhandenen Bestände.

Die gelieferten Waren dürfen nur von den Anstalten und sonstigen versorgungsberechtigten Empfängern zu den dafür bestimmten Zwecken verwendet und nicht an Dritte veräußert werden. Zuwiderhandlungen haben die Einstellung der Belieferung zur Folge.

Im übrigen verbleibt es bei meinen Anordnungen vom 1. Febr. 1920.

Die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher weise ich nochmals darauf hin, daß die Anträge auf Zuteilung von Notstandswaren von ihnen dem Kommunalverband zu übersenden, nicht von den Antragstellern persönlich zu überreichen sind.

Merseburg, den 14. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

310] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in dem Viehbestande des Schuhmachermeisters Hermann Kiel in Bischdorf ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Gehöft des Hermann Kiel in Bischdorf einen Sperrbezirk bildet.

Ferner treten die §§ 2 bis 6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. M. (Amtlicher Anzeiger Stck. 39 Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

311] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in dem Viehbestande des Rittergutspächters Haase in Kleinklebenau ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Rittergut Kleinklebenau einen Sperrbezirk bildet.

Ferner treten die §§ 2 bis 6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. M. (Amtlicher Anzeiger Stck. 39, Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten.

312] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in dem Gehöft Nr. 17 in Schlettau untergebrachten Viehbestände des Amtsrats Zimmermann in Benkendorf ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Gehöft Nr. 17 in Schlettau einen Sperrbezirk bildet.

Ferner treten die §§ 2 bis 6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. M. (Amtlicher Anzeiger Stck. 39, Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

313] **Eisenfässer für Benzol und Benzin.**

Die Ostdeutsche Betriebsstoff-Gesellschaft m. b. H. in Königsberg i. Pr. hat noch eine Anzahl gebrauchte, aber gut erhaltene Eisenfässer in den Größen von 200, 800, 400 und 500 Liter Inhalt zur Lagerung von Benzol und Benzin abzugeben. Es liegt im Interesse einer rechtzeitigen Versorgung mit Betriebsstoffen, wenn sich die einzelnen Landwirte die nötigen Eisenfässer selbst beschaffen. Interessenten werden deshalb um Mitteilung bis spätestens 5. Juli 1920 gebeten, wieviel Fässer und welche Größen gewünscht werden. Ich werde alsdann die obengenannte Gesellschaft um Preisangebot ersuchen und die Preise den Bestellern zur Entscheidung, ob die Bestellung aufrecht erhalten wird, mitteilen.

Merseburg, den 22. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. von Goßler.

314] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in den Viehbeständen
des Gutsbesitzers Karl Fritsche in Niedermünsch,
des Friedrich Warnicke in Knapendorf Nr. 1,
des Gustav Kahle in Bindorf Nr. 1 und
des Arbeiters Winkelmann in Bischdorf
ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß
das Gutsgehöft des Gutsbesitzers Fritsche in Niedermünsch,
„ Gehöft Nr. 1 in Knapendorf,
„ „ Nr. 1 in Bindorf und
„ „ des Arbeiters Winkelmann in Bischdorf,
je einen Sperrbezirk bilden.

Ferner treten die §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. Mts. (Amtl. Anzeiger Stück 39, Nr. 267), in Kraft.

Merseburg, den 28. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

315] **Gebührenordnung**

für die Tätigkeit der Schornsteinfegermeister im Kreise Merseburg.

1. Für die einmalige Reinigung eines russischen Schornsteines für das 1. Geschoß 0,90 Mk. und für jedes weitere Geschoß 0,30 Mk. mehr.

2. Für die einmalige Reinigung eines deutschen Schornsteins sind die doppelten Gebührensätze wie für einen russischen Schornstein zu zahlen.

3. Kamin- oder Nebenschächte sind den Schornsteinen gleich zu erachten und sind, sofern sie russisch (unbesteigbar) mit 0,90 Mk. für die ersten 4 Meter und mit 0,45 Mk. für jede weiteren 4 Meter für eine Reinigung zu bezahlen. Sind sie deutsch (besteigbar), so sind die doppelten Sätze zu entrichten.

4. Für das Ausbrennen eines russischen Schornsteins zwecks Entfernung des Glanz- und Hartrußes sind 9,— Mk. zu entrichten. Das zum Ausbrennen erforderliche Material hat der betreffende Hausbesitzer zu liefern.

5. Für die Reinigung einer Räucherkammer sind pro Stunde Arbeitszeit 4,— Mk. zu entrichten.

6. Für die Berechnung der Taggebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteins von seiner Sohle bis zum Kopfe nach Maßgabe der durchlaufenden Geschosse in Betracht zu ziehen.

7. Dächer über 4 Meter Höhe über Schornsteine, die mehr als 4 Meter über Dach geführt sind, zählen für jede angefangenen 4 Meter als Geschoß.

8. Für Schornsteine gewöhnlicher gewerblicher Anlagen und für Zentralheizungen, sowie für Arbeiten während der Nachtzeit und solche, die auf besondere Bestellung ausgeführt werden, sind die Gebührensätze wie für besteigbare sog. deutsche Schornsteine zu entrichten.

9. Für Leitnehmer an der Feuerstellen-Revision sind pro Stunde 3,— Mk. und Wegegelder pro Kilometer mit 0,60 Mk. aus der Gemeinde- oder Amiskasse zu zahlen.

10. Für Nachprüfung der Schornsteine bei der Abnahme von Neubauten sind für jedes Schornsteinrohr vom Hauseigentümer 1 Mk. zu entrichten. Die Reinigung der Schornsteine von Bauschutt ist besonders zu bezahlen. Die viermalige Reinigungsfrist bleibt bestehen.

Diese Gebühr tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 30. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V. gez.: Kürsten, Kreissekretär.

316] **Ernteschätzung 1920.**

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Juni 1920 — RGBl. S. 1129 — ist über den voraussichtlichen Ertrag der Getreide- und Kartoffelernte eine Ernteschätzung durch kommunale Ausschüsse vorzunehmen. Bei der großen Bedeutung der Angelegenheit wird allen Beteiligten zur Pflicht gemacht, diese Schätzung mit der größten Gewissenhaftigkeit vorzunehmen.

Zur Ausführung der Ernteschätzung ist folgendes bestimmt:

1. Die Ernteschätzung hat stattzufinden:

a) während des Monats Juli 1920 für Winter- und Sommerweizen, Winter- und Sommerspelz, Dinkel-, Fesen-, sowie Emer und Einkorn, Winter- und Sommerroggen, Winter- und Sommergerste, Gemenge aus vorstehenden Getreidearten, Hafer, sowie Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer,
b) während der Monate September und Oktober 1920 für Spätkartoffeln (Ernte nach dem 15. September).

Die Schätzung ist möglichst unmittelbar vor dem Beginn der Ernte der einzelnen Früchte vorzunehmen, da alsdann die günstigsten Vorbedingungen für zuverlässige Schätzungsergebnisse bestehen.

2. Für die Schätzung sind im Kreise Merseburg

a) ein Schätzungs-Oberausschuß,
b) Schätzungs-Unterausschüsse gebildet.

Zu 2a).

Der Schätzungs-Oberausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Landrat Dr. Mosle;
stellvertretender Vorsitzender: Inspektor Stechner, Halle a. S.;
Beisitzer: Dr. Orphal, Merseburg, Direktor der landwirtschaftlichen Winterschule;
„ Stegemann, Halle a. S., Vertreter der Reichsgetreidestelle;
„ Brünner, Merseburg, Direktor der Kreisksornstelle;
„ Kobbe, Merseburg, Gendarmerie-Obermachtmeister.

Der Schätzungs-Oberausschuß hat sich von der Richtigkeit der Schätzungen der Schätzungs-Unterausschüsse durch Stichproben zu überzeugen und entscheidet über Streitigkeiten. Die Vorsitzenden der Schätzungs-Unterausschüsse haben dem Schätzungs-Oberausschuß nach Bedarf mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Zu 2b).

In den für den Umfang der Amtsbezirke errichteten Schätzungs-Unterausschüssen führt der jeweilige Amtsvorsteher oder dessen Stellvertreter den Vorsitz. Die Mitglieder der Schätzungs-Unterausschüsse werden von den Amtsvorstehern ernannt.

Die Schätzungsausschüsse in den Städten bestehen aus folgenden Mitgliedern:

Merseburg: Inspektor Schnellhaas, Wegwitz, Vorsitzender; Gutsbesitzer Rötzsch, Wallendorf, Ohmann; Gutsbesitzer Hermann Fehse, Frankleben, Ohmann.

Schkeuditz: Inspektor Uhlig, Dölkau, Vorsitzender; Amtmann Schneider, Witzschersdorf, Ohmann; Landwirt Rudolf Just, Papitz, Ohmann.

Lützen: Gutsbesitzer Schumann, Eisdorf, Vorsitzender; Gutsbesitzer Kretzschmar, Kauern, Ohmann; Gutsbesitzer Bartmuß, Bottsfeld, Ohmann.

Schafstädt: Rittergutsbesitzer Böhmer, Blößen, Vorsitzender; Inspektor Rucke, Raschwitz, Ohmann; Gutsbesitzer Rich. Schlegel, Großgräfendorf, Ohmann.

Leuchstedt: Inspektor Krüger, Passendorf, Vorsitzender; Gutsbesitzer Rudolf Biener, Schotteryz, Ohmann; Gutsbesitzer Theodor Friedrich, Delitz a. B., Ohmann.

Grundsätzlich soll kein Schätzer in der Gemeinde tätig sein, in der er ansässig ist.

Die Gemeinde- und Gutsvorsteher sowie die von den Magistraten zu bestimmenden Auskunftspersonen sind gehalten, den Schätzungsausschußmitgliedern jede Auskunft in Angelegenheiten der Schätzung zu erteilen. Es bleibt den Gemeinden überlassen, ihre Bauern- und Landarbeiterräte oder einzelne Mitglieder den Ausschüssen mit **beratender Stimme** beizugeben.

Der Vertreter der Reichsgetreidestelle, Herr Stegemann, Halle a. S., Lafontainstraße 36, ist berechtigt, den Schätzungen beizuwohnen. Die Herren Vorsitzenden der Schätzungsunterausschüsse haben Herrn Stegemann sowie den Gemeinde- und Gutsvorstehern die Schätzungstage, Ort und Stunde der Schätzungen mitzuteilen unter Namhaftmachung der Namen und Wohnorte der Schätzer.

Die Mitglieder der Ausschüsse sind befugt, zur Feststellung der Erträge die landwirtschaftlichen Grundstücke zu betreten und von den Früchten Handproben zu entnehmen.

3. Art der Schätzung.

Für jede einzelne Gemeinde ist der Durchschnittsertrag auf 1 Hektar in Doppelzentner (100 kg) zu schätzen. Bei jeder Schätzung sind die Boden- und Besitzverhältnisse sorgfältig zu berücksichtigen. Es werden im allgemeinen die Erträge der letzten Jahre zum Vergleich heranzuziehen sein; gleichzeitig sind alle Umstände sorgfältig zu beachten, die in diesem Jahre zu Abweichungen von den früheren Erträgen führen können. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf es, wenn in derselben Gemeinde Boden sehr verschiedener Beschaffenheit mit derselben Frucht besteht ist. Um in solchen Fällen eine richtige Durchschnittszahl zu gewinnen, empfiehlt es sich, für jede Bodenart zunächst den Hektarertrag besonders zu ermitteln, bei Errechnung des Durchschnittshektarertrages für die Gemeinde aber zugleich das Größenverhältnis, in dem beide Bodenarten vorkommen, zu berücksichtigen. Ich verweise hierzu auf die auf dem Formular zur Ernteschätzung aufgeführten Beispiele.

Schätzungen einzelner Ausschußmitglieder sind in gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu besprechen. Hierbei ist darauf zu achten, daß die Erträge im richtigen Verhältnis zu den Boden und zu den Anbauflächen stehen. Alsdann sind die Ergebnisse der Beratungen in den Vordruck einzutragen.

Wenn der Vertreter der Reichsgetreidestelle die Schätzung eines Ausschusses beanstandet, und diese Beanstandung nicht durch anderweite Beschlußfassung des Ausschusses erledigt wird, so sind die beanstandeten Schätzungen in den Listen durch **rote Unterstreichung** hervorzuheben.

Die Formulare werden dem Vorsitzenden des Schätzungsausschusses in den nächsten Tagen zugehen.

Die ausgefüllten Schätzungsbogen sind mir bis spätestens 15. Juli zurückzusenden.

Merseburg, den 28. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten.

Die Sätze der Gebührenordnung für Hebammen

vom 25. 9. 1908 — § 4, 1—10 — in der Fassung, wie sie der Nachtrag vom 23. 10. 1919 (Amtsblatt 1919 Seite 303) festgesetzt, werden mit Wirkung vom 1. Juni d. J. ab um 50 % erhöht.

Merseburg, den 7. Juni 1920.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 21. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung hinsichtlich der im Grundbuche von Merseburg Band 69 Blatt 2650 auf den Namen der verstorbenen Ehefrau Maurer Julius Leonhardt und des Maurers Julius Leonhardt zu Merseburg eingetragenen Grundstücks Band 69 Blatt 2545 auf den Namen des Maurers Christian Julius Leonhardt zu Merseburg allein eingetragenen Grundstücke sollen diese mit folgt bezeichneten Grundstücke

A. Merseburg Band 69 Blatt 2650

Nr. 1. Gemarkung Merseburg Kartenblatt 16 Parzelle Nr. 546/141, bebauter Hofraum Brauhausstr. Nr. 11, groß 8,68 a, Reinertrag 0,26 Mk. Gebäudesteuerrolle Nr. 67.

Nr. 2. Gemarkung Merseburg Kartenblatt 6 Parzelle 142 Acker-Plan 955 4,10 a groß, Reinertrag 0,52 Mk. Grundsteuermutterrolle 64.

B. Merseburg Band 69 Blatt 2545

Nr. 1. Gemarkung Merseburg Kartenblatt 6 Parzelle 157 Acker-Plan 829 4,10 a groß, Reinertrag 0,58 Mk. Grundsteuermutterrolle Art. 774

auf Antrag des Gastwirts Rudolf Bobeck in Merseburg

am 21. August 1920, vormittags 9 Uhr

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Mai 1920 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wer zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls das Recht bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Mieter, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls sie mit ihrem Anspruch hinter den Ansprüchen der Gläubiger des betreibenden Gläubigers zurücktreten müssen.

Merseburg, den 20. Juni 1920.

Amtsgericht, Abt. 1.

Achtung! Der Achtung!

billige Schuh-Verkauf

geht weiter!

Herrenstiefel . . . . . 129 Mk.
Damenstiefel . . . . . 115 Mk.
Damen-Halbschuhe . . . . . 89 Mk.
Beim Quantität. — . . . . Moderne Form.

Kauf-Gelegenheit nicht verpassen!

Krause,
Schuh-Fabrik-Lager Groß-Corbetta
Gutten Corbetha.

Obst-Verpachtung.

Die Obstnutzung der Gemeinde Bischdorf soll am Sonntag, den 3. Juli 1920, nachmittags 3 Uhr im Gasthofe zu Bischdorf meistbietend gegen Bargeld verpachtet werden.

Die Versammlung findet im Gasthofe zu Bischdorf statt.

Die Gemeinde-Vorstand.

Obstverpachtung.

Der diesjährige reiche Obstanhang des Rittergutes Wegwitz soll meistbietend gegen Bargeld verpachtet werden.

Sonntag, den 4. Juli,

nachm. 11 Uhr im Gasthofe Wegwitz meistbietend verpachtet werden.

Die Gutsverwaltung.

Obst-Verpachtung.

Die Obstnutzung der Gemeinde Bischdorf soll am Sonntag, den 3. Juli 1920, nachmittags 4 Uhr im Gasthofe zu Bischdorf meistbietend verpachtet werden.

Der Gemeinde-Vorstand.

Grundstücks-Verkauf.

Villa mit 1½ bis 2 Morgen Garten für den festen Preis von 70 000 Mark sofort durch mich für Wieter extra Ernang. Nähe der Bahn und kann in ganz kurzer Zeit besogen werden.

F. Meinhardt, Makler.

Uhren aller Art

repariert fachmännisch und lauber
Walter Boecke, Uhrmacher,
Ober-Altenburg 28.

Einfamilienhaus-Versteigerung

Parzellenstr. Nr. 8, Band 3 Blatt 44.

Unterzeichneter verkauft am Sonntag, den 4. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr im Gasthof zu Bischdorf meistbietend:

Bedingungen im Termin. Besichtigung 1 Stunde vor der Versteigerung. Bietungskaution sind 1500 Mk. bar zu hinterlegen.

Meinhardt, Auktionator.

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra.
Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 141 — Mittwoch den 30. Juni 1920 — 46. Jahrg.

Der vorläufige Wirtschaftsrat.

Heute, am 30. Juni, wird in Berlin der vorläufige Reichswirtschaftsrat zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Es ist begreiflich, daß in den mancherlei Nöten, die das deutsche Wirtschaftsleben durchlebt, sich manche Hoffnungen an diese Organisation knüpfen. Es waren nicht wenige Schwierigkeiten zu überwinden, bis endlich der Tag des Zusammentrittes festgelegt werden konnte. Waren schon über die Zusammensetzung dieser neuen Körperschaft schwere Meinungsverschiedenheiten entstanden, die schließlich, wie noch erinnerlich sein dürfte, zu einem bedenklichen Konflikt zwischen Reichsrat und Nationalversammlung führten, so spielte noch in letzter Zeit die Frage der Unterbringung eine gewisse Rolle und schien geeignet, den Zusammentritt weiter hinaus zu schieben.

Wie schon der Name besagt, soll der vorläufige Reichswirtschaftsrat keine dauernde Einrichtung sein, sondern er soll nur so lange bestehen, bis der endgültige Reichswirtschaftsrat in das Leben gerufen werden kann. Dieser endgültige Reichswirtschaftsrat ist in dem Artikel 165 der deutschen Verfassung, in dem bekanntlich der „Rätegedanke verankert" ist, als oberste Spitze der neu zu schaffenden Wirtschaftsverfassung vorgesehen. Ihn heute schon in das Leben treten zu lassen, ist unmöglich, weil die Organisationen, die später Wahlen zum Reichswirtschaftsrat vorzunehmen haben, noch nicht geschaffen sind. Anderseits aber glaubte man, auf eine derartige Körperschaft nicht länger verzichten zu können, und so wurde dann nach recht langen und schwierigen Vorverhandlungen endlich am 4. Mai d. J. die „Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat" erlassen.

Nach dieser Verordnung besteht der vorläufige Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern, von denen 68 aus Land- und Forstwirtschaft, 6 aus der Gärtnerei und Fischerei, 68 aus der Industrie, 44 aus Handel, Banken, Versicherung und Genossenschaften, 34 aus Verkehr und öffentlichen Unternehmungen, 36 aus dem Handwerk, 30 aus der Verbraucherschaft, 16 aus Beamtenschaft und freien Berufen zu entsenden sind, ferner 12, die aus den führenden Kreisen des Wirtschaftslebens durch den Reichsrat, und 12 weiteren Personen, die nach freiem Ermessen der Reichsregierung zu ernennen sind. Wo in einer Gruppe Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich gegenüberstehen, gilt der Grundsatz der Parität. Für die Wählbarkeit gelten die gleichen Grundsätze wie für die Wählbarkeit zum Reichstag. Im allgemeinen haben die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates die Rechte und Pflichten der Parlamentsmitglieder, genießen freie Fahrt und erhalten eine Entschädigung. Die Sitzungen der neuen Körperschaft sind öffentlich, die Sitzungsberichte genießen denselben Schutz wie die Parlamentsberichte.

Gedacht ist in der Verfassung der Reichswirtschaftsrat — und folgerichtig mithin auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat — als begutachtendes, beratendes, anregendes Organ von Fachleuten. So bestimmt denn auch der Artikel 11 der Regierungsverordnung u. a.: „Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Er hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Er wirkt beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mit." Festzuhalten ist aber daran, daß der Reichswirtschaftsrat politische Entscheidungen oder auch nur Mitentscheidungen nicht zu treffen hat. Reichstag und Regierung sind an seine Entschlüsse nicht gebunden. Es ist mithin auch nicht richtig, diesen vorläufigen Reichswirtschaftsrat als Parlament zu bezeichnen, soweit man sich die Erklärung Blumes zu eigen macht, nach der es sich immer um ein Parlament handelt, „sofern ein Ausschuß der Bürgerschaft beschließend teilnimmt an den Geschäften der zentralen Staatsleitung". Diese beschließende Teilnahme fehlt dem Reichswirtschaftsrat, dem nur die beratende Teilnahme zukommt.

Diese Bestimmungen scheinen manchen Kreisen in Deutschland nicht genügend. Wiederholt ist der Ruf erhoben worden, den Reichswirtschaftsrat zu einer zweiten Kammer, zu einer „Kammer der Arbeit" auszubauen. Immer liegt hier die Gefahr sehr nahe, daß man auf diese Weise versuchen will, das Parlament des gleichen Wahlrechts, das ja manchen Kreisen ein Dorn im Auge ist, durch ein berufsständisches Parlament, das stets der Reaktion als Ideal gegolten hat, mit seinem Vielstimmenrecht der Privilegierten auszuschalten oder zunächst doch wenigstens kalt zu stellen. Daß der Reichswirtschaftsrat selbst versuchen wird, seine Befugnisse zu erweitern, muß als sicher angenommen werden. Der frühere Staatssekretär Dr. Delbrück dürfte die Entwickelung wahrscheinlich richtig gesehen haben, als er in der Nationalversammlung ausführte: „Der Reichswirtschaftsrat ist doch ein drittes Parlament. Ein solches Parlament, das über die wichtigsten Fragen des Staatslebens zu entscheiden hat, muß das natürliche Bestreben haben, seine Zuständigkeiten zu erweitern. Wir stehen also zweifellos im Beginn einer Aera des Kampfes zwischen Reichstag und Reichsrat auf der einen und Reichswirtschaftsrat auf der anderen Seite." Hier liegen also ganz zweifellos Gefahren für die weitere Entwickelung vor.

Nun wird jetzt in Deutschland viel mit dem Schlagwort des Fachmannes gearbeitet, der allein sachverständig ist, und darum wird man dieser neuen Organisation der Sachverständigen sicher mancherlei Sympathien entgegenbringen. Denn zweifellos wird der Reichswirtschaftsrat sehr viel Sachverständnis umfassen. Nur übersehe man das eine nicht, daß er auch sehr verschiedene umfaßt. Sicher werden die Vertreter der Landwirtschaft zum Beispiel sachverständig für die Agrarfragen sein, aber ebenso sicher werden sie nicht in den Angelegenheiten der geistigen Arbeit sachverständige Beurteiler sein können. Die Vertreter der freien Berufe werden sicher hervorragende Kenner ihrer eigenen Berufe sein, sie werden aber kaum sachverständig sein etwa für Fragen der Kunstdüngung, der Baumwolleinfuhr usw. Wie in jedem anderen Parlament, so werden auch im Reichswirtschaftsrat die Mitglieder häufig genug über Fragen abstimmen müssen, in denen sie nicht ohne weiteres sachverständig sind. Vielleicht werden so die Reden einzelner Persönlichkeiten und die Äußerungen einzelner Fachverbände wertvoller sein, als die Beschlüsse des Ganzen.

Man wird also gut tun, von dieser neuen Körperschaft nichts Unerhörtes, nichts Unerfüllbares zu erwarten, um sich nicht nachher enttäuscht abwenden zu müssen. Die Folgen des Zusammenbruches, die Folgen des Friedens von Versailles vermag heute kein Reichswirtschaftsrat und kein Reichstag aus der Welt zu schaffen. Man darf aber hoffen, daß der Reichswirtschaftsrat im Rahmen der ihm gestellten Aufgaben schätzbares Material für die Gesetzgebung des Reiches liefern und so seinen Teil zum Wiederaufbau Deutschlands beitragen wird.

W. A.

*

Pressestimmen zur Einberufung des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 30. Juni. Dem heutigen Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats widmen verschiedene Blätter Wünsche und Hoffnungen. Die „Voss. Ztg." erinnert daran, daß das Rätesystem durchaus keine bolschewistische Errungenschaft ist. Der gesunde Gedanke, die Träger der Produktion an der Ausübung der Staatsgewalt mitwirken zu lassen, spielte bereits 1905 eine Rolle. Der Reichswirtschaftsrat werde schon in seiner jetzigen Verfassung den Versuch machen müssen, sich Rechte über das Maß hinaus zu erkämpfen, das ihm der Neid kurzsichtiger Politiker gewährt habe.

In der „Deutschen Allgem. Ztg." wird gesagt: Noch ist das Fundament der neuen Organisation relativ schwach, durch Leistungen muß sich die Fundierung verstärken, von der andererseits die Leistungsfähigkeit weiter abhängt. Die Stände sind im Innern solidarisch, diese Solidarität kommt dem ganzen zu Nutze, weil sie produktiv ist.

Belgien fordert 10 Milliarden Entschädigung.

Brüssel, 30. Juni. (WTB.) Der Neue Rotterd. Cour. erfährt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Franken fordern wird.

Demonstration vor dem Ernährungsministerium.

Berlin, 30. Juni. Gestern mittag zog ein Trupp von einigen Hundert Männern und Frauen, die Schilder mit Aufschriften „Nieder mit den Lebensmittelschiebern und -wucherern" mit sich führten, vor das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Eine Deputation wurde vom Minister Hermes, der gerade eine Konferenz mit Arbeitervertretern hatte, empfangen. Der Minister erläuterte der Abordnung die Lebensmittellage und machte sie mit den Bestrebungen bekannt, die darauf hinzielen, eine Senkung der Preise herbeizuführen. Die Deputation nahm diese Darlegungen entgegen und übermittelte sie den Demonstranten, die sich dann in aller Ruhe entfernten.

Revision des Überschichtabkommens.

Bochum, 30. Juni. Die Arbeitnehmerorganisationen im rheinisch-westfälischen Bergbau haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Revision des Überschichtabkommens beantragt. Verhandlungen darüber werden Ende der Woche stattfinden. Veranlassung zu dem Antrage der Bergarbeiterorganisationen gaben die sich fortgesetzt mehrenden Klagen der Bergarbeiter, daß sie sich außerstande fühlen, die Überschichten in der bisherigen Weise weiter zu verfahren, wenn nicht eine baldige Besserung in der Versorgung mit Lebensmitteln eintritt. Eine Belegschaftsversammlung der Zeche „Katharina" im Essener Bezirk sprach sich sehr scharf gegen das weitere Verfahren von Überschichten aus; u. a. wurde von den Rednern gefordert, daß jeder Bergmann gebrandmarkt werden sollte, der sich noch jetzt zu Überschichten bereitfindet.

Kanadischer Warenaustausch mit Rußland.

Ottawa, 30. Juni. (WTB.) Im kanadischen Parlament erklärte nach einer Meldung der Handelsminister, daß der Handel zwischen den kanadischen Firmen und Sowjetrußland nicht behindert sei, doch hat die Kongreßregierung mit den abgeschlossenen großen Kontrakten nichts zu tun.

Holland legt Befestigungen an.

Aus dem Haag, 30. Juni. (WTB.) Der zweiten Kammer ist ein Gesetzentwurf über die Errichtung militärischer Befestigungen zugegangen. Zur Anlegung der Befestigungen ist die Trockenlegung des Zuidersees im Interesse der Landesverteidigung notwendig.

Generalstreik in Rom.

Rom, 30. Juni. Der Generalstreik wurde in Rom erklärt, als Solidaritätskundgebung mit den Arbeitern in Ancona. Die Arbeit ruht vollständig. Nur Telegraph und Telephon verkehren. Ein großes Polizeiaufgebot, unterstützt von Militär, hält in den Straßen die Ordnung aufrecht. Bisher ergab sich keine Gelegenheit, einzugreifen.

Rom, 30. Juni. (Agenzia Stefani.) In der Nachtsitzung beschloß die Arbeiterkammer, den Generalstreik für Dienstag-Morgen zu proklamieren. Die Straßenbahnen verkehren nicht, die Fiaker fahren noch, die meisten Läden sind geschlossen. Auf dem Bahnhof herrscht vollständige Ruhe. Alle Züge sind fahrplanmäßig abgegangen und kommen mit Ausnahme derjenigen aus Ancona an.

Rom, 30. Juni. (T.-U.) Die sozialdemokratische Partei verwarf einen Beschluß, in dem der Generalstreik erklärt wird. Auch die Gewerkschaften haben sich geweigert, den Generalstreiksbeschluß anzuerkennen, den das Arbeiterbüro vor einigen Tagen verkündet hat. An verschiedenen Orten Italiens dauern trotzdem die Unruhen fort. In Padua wurden die Anarchisten entwaffnet. Bei den verschiedenen Zusammenstößen mit der Polizei wurden eine ganze Anzahl Personen verwundet, davon vier tödlich.

Englands Vorzugsstellung in Mesopotamien.

London, 30. Juni. Die Lage in Mesopotamien gab gestern im Unterhaus Anlaß zu mehreren Anfragen, die Lloyd George dahin beantwortete, daß die Petroleumunruhen in Mesopotamien den arabischen Staaten zufallen würden, was eine Folge des mit den Arabern abgeschlossenen Vertrages und des Mandats sei, das England in Mesopotamien übertragen wurde. Es sei noch keine Entscheidung getroffen worden, wie die Petroleumquellen ausgebaut werden sollten, aber die vor dem Kriege von England erworbenen Rechte würden durchaus gewahrt werden. Lloyd George erklärte ferner, daß er mit der französischen Regierung in Verbindung stehe, damit die auf Mesopotamien bezüglichen Verträge veröffentlicht würden. Jedenfalls würden die englischen Interessen sorgfältig wahrgenommen und England das Vorzugsrecht auf das ganze Petroleum in Mesopotamien haben.

Abschiedsgesuch des Oberbürgermeisters Dr. Rive.

Halle, 30. Juni. (WTB.) Der Oberbürgermeister Dr. Rive, der bekanntlich auf Anordnung des Oberpräsidenten sein Amt wieder aufgenommen hatte, hat nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es dürfte eine Folge der Verhandlungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung sein.

Die neue Regierung.

Entspannung?

Man kann wohl sagen, daß die Aufnahme, die die neue Regierung mit ihrem Programm gefunden hat, bei den Parteien und in der Presse aller Schattierungen wider alle Erwartungen günstig ist. Zu einem Teile ist das gewiß darauf zurückzuführen, daß die Konferenz von Spa unmittelbar bevorsteht, und daß daher niemand es wagt, scharfe Kritik gegen eine Regierung zu üben, die auf Grund der überhaupt einzigen, möglichen Kombination zustande gekommen ist, und für die ein Ersatz irgendwelcher Art überhaupt nicht denkbar erscheint. Aber auch innenpolitisch muß die ruhige und sachliche Art, die man in allen Lagern dem Kabinett Fehrenbach entgegenbringt, auffallen, am meisten, um das gleich vorwegzunehmen, die Stellungnahme der „Freiheit". Das führende Blatt der Unabhängigen stellt nämlich fest, daß die Rede Fehrenbachs die „ernste Rede eines ernsten Mannes" sei. Auch der politische Gegner werde Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernommen habe. Ferner enthalte das Programm, das Herr Fehrenbach durchführen wolle, vieles, dessen Verwirklichung nützlich wäre. Die neue Regierung habe es aufs sorgfältigste vermieden, Töne anzuschlagen oder Gesetze anzukündigen, die als Herausforderung der Arbeiterschaft wirken könnten. Im Gegenteil, Herr Fehrenbach habe mit großem Nachdruck seinen Willen bekundet, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren.

Auf der andern Seite hat der Sprecher der Deutschnationalen ebenfalls ungewöhnliche Zurückhaltung geübt, und wenn man als zweiten Redner aus diesem Lager auch ausgerechnet Herrn Helfferich vorzuschicken willens war, so durfte die relative Objektivität auch von dieser Seite mit Befriedigung festgestellt werden. Der „Punkt des geringsten Widerstandes" der neuen Koalition ist die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie, für die Herr Scheidemann sich ganz ähnlich wie Herr Hergt und die „Freiheit" auf den Standpunkt gestellt hat, daß das Urteil nach den Taten dieser Regierung ausfallen würde.

Alles in allem gewinnt man also den Eindruck einer gewissen Entspannung der Lage, und das ist sicherlich nicht zum geringsten Teil das persönliche Verdienst des Herrn Fehrenbach. Womit allerdings zugleich auch wieder in der Sache selbst eine Einschränkung eintritt, denn damit ist gesagt, daß die Ursachen der bisherigen Spannung in unverminderter Stärke fortdauern. Immerhin ist es schon erfreulich, daß überhaupt von einer scheinbaren Erleichterung der Lage gesprochen werden kann. Das ist sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Hinsicht von nicht unerheblicher Bedeutung, und man kann nur wünschen, daß diese Besserung erhalten bleibt oder gar mit der Zeit noch zunimmt.

*

Aus der Kabinettssitzung.

Berlin, 30. Juni. Das Kabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurf zu.

Der neue Reichsarbeitsminister.

Berlin, 30. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers das Mitglied des Reichstages Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Fehrenbach im Reichsrat.

Aus Berlin wird berichtet: In der Dienstag-Sitzung des Reichsrats erschien auch der Reichskanzler Fehrenbach und begrüßte den Reichsrat mit einer Ansprache, in der er betonte, er wolle ganz besonders zum Ausdruck bringen, welchen Wert er auf ein Vertrauensverhältnis und ein gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung lege. Die Interessen von Reich und Ländern seien ja doch in wesentlichen Punkten dieselben. In den großen Nöten unserer Zeit seien sie aufeinander angewiesen. Weiter führte der Kanzler aus:
Wie ich mir im einzelnen das Ver[illegible]wischen Reich und
Lä[illegible] Programmrede zum
Aus[illegible]ein, wenn ich Ihren
eige[illegible]nähergekommen wäre
und[illegible]immen würden. Ich
wür[illegible] den gesetzgeberischen
pra[illegible]undlage die gleichen
Weg[illegible]hiedenheiten der An-
schau[illegible]rbeit zwischen Reichs-
regi[illegible]ten. — In der sach-
liche[illegible] Auswärtigen Amtes
mitg[illegible]zum Schutze des ge-
werb[illegible]g soll am Mittwoch
in [illegible]m eine für Deutsch-
land[illegible]rechtskonvention von
1883[illegible] festgesetzt.

[illegible]hrenbach.

[illegible]ie Sozialdemokraten
mit [illegible]ß ein Vertrauens-
votun[illegible]e Art Formel auf-
gestel[illegible]ng die Geschäfte im
Sinn[illegible]Beschlußantrag wer-
den [illegible]

[illegible]er:
[illegible]aller Parteien, mit
Ausn[illegible]en, eine erste Be-
sprech[illegible]tums stattgefunden,
das [illegible]uß der Aussprache
über [illegible] hat sich dabei er-
geben,[illegible]emokraten auf der
Linke[illegible]timmungserklärung
gutzu[illegible]alt für Spa gibt.
über [illegible]eiter zwischen den
Parte[illegible]

[illegible] 1500 Mark Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 30. Juni. Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mark bemessen.

Frankreichs Unzufriedenheit mit der Programmrede Fehrenbachs.

Paris, 30. Juni. Zu der Erklärung des Reichskanzlers Fehrenbach sagt der „Figaro": Dieser Staatsmann, der den Wert der Nuancen erkennt, ist zu klug, um zu leugnen, daß Deutschland den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200630-10/fragment/page=0007